

FRIEDENS JOURNAL

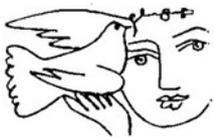


Kulturkampf: Der „Westen“ gegen den Globalen Süden

Installation auf der documenta 15: „Return to Sender“ – siehe dazu Seite 2, Foto: K. Peil



- „Antisemitismus“ auf der documenta fifteen
- EU-Energiepolitik: Nach uns die Sintflut
- Westliche Zwangsmaßnahmen – Eine Zwischenbilanz
- Naher und Mittler Osten: So verschieben sich die Perspektiven
- Sahel-Zone: Westliche Militärpräsenz statt Frieden und Sicherheit



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2022/Nr. **5**

Kulturkampf: Der „Westen“ gegen den Globalen Süden

Inhalt	
„Antisemitismus“ auf der documenta 15	3
Offener Brief an den documenta-Aufsichtsrat	6
Nachüberlegungen zum documenta-Eklat	7
EU-Energiepolitik: Nach uns die Sintflut	8
Naher und Mittlerer Osten: So verschieben sich die Perspektiven	10
Westliche Zwangsmaßnahmen – Eine Zwischenbilanz	12
Sahel-Zone: Westliche Militärpräsenz statt Frieden und Sicherheit	14
Von der Kolonialherrschaft in den kapitalistischen Weltmarkt	16
Buchbesprechung: China und der Westen – Aufstiege und Abstiege	17
Nachruf auf Horst Trapp	18
Friedensnetz Baden-Württemberg	19
Aktuelles aus der Friedensbewegung	20
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.8.2022	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
Redaktion: Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
Redaktionsanschrift: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
Kontoverbindung: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
Internetausgabe: auf www.frieden-und-zukunft.de einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010. ISSN 2193-9233	

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits in früheren Ausgaben des Friedensjournals haben wir Stichworte wie „Westliche Werte“ und „regelbasierte Weltordnung“ thematisiert, welche einhergehen mit Doppelstandards und verlogenen Menschenrechtsdebatten. In dieser Ausgabe geht es aber nicht um Wiederholungen früherer Kritikpunkte, sondern um den notwendigen Perspektivwechsel. Wie wird die derzeitige Politik Deutschlands und der EU im Globalen Süden wahrgenommen? Welche Reflexionen müssen dazu in der Politik erfolgen?

Ein guter Anlass dazu wäre die aktuell noch laufende documenta fifteen gewesen, die genau auf die kulturellen Unterschiede zwischen den „Westen“ und den Globalen Süden verweist. Dieser Unterschied manifestiert sich bereits darin, dass an dieser Ausstellung eine große Anzahl von Künstlerkollektiven mit insgesamt ca. 1500 einzelnen Akteuren beteiligt sind.

Verdrängt wurde diese notwendige Wahrnehmung aber durch eine unsägliche Antisemitismusdebatte, die auf deutsche Defizite in der Geschichtsaufarbeitung hinweist. Judenhass war historisch gesehen vor allem ein europäisches Problem, verankert in der „abendländischen“ Kultur, im Unterschied zu heute viel gescholteneren Ländern.

Neben den Beiträgen zur documenta und der ideologisch aufgeladenen Sichtweise werden in dieser Ausgabe die eigentlichen Themen behandelt, die in Vergangenheit und Gegenwart für die Destabilisierung des Globalen Südens durch den Globalen Norden bzw. Westen verantwortlich sind.

Dass der Globale Süden als Lieferant fossiler Brennstoffe für den Westen in besonderem Maße ausgebeutet wurde, sollte eigentlich mit den in Deutschland proklamierten Klima-

schutzziele bald der Vergangenheit angehören. Durch die jüngsten Bestrebungen der deutschen Politik, die bisherige Versorgung des billigen russischen Erdgases durch teures und über vorhandene Lieferketten nur sehr begrenzt verfügbares Flüssiggas zu ersetzen, entsteht auf dem Weltmarkt jedoch ein brutaler Preiswettbewerb zu Lasten des Globalen Südens.

Verschärft werden diese Probleme in zahlreichen Ländern durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, die mit dem Begriff Sanktionen verharmlosend umschrieben werden.

Die bereits vorhandene und sich verstärkende Hungerkatastrophe in vielen Ländern der Welt hat tiefe strukturelle Ursachen mit etablierten neokolonialen Abhängigkeiten, die nur wenig mit dem Lieferkettenproblem für Weizen aus Russland und der Ukraine zu tun haben.

Dass die westliche Militärpräsenz in Konfliktregionen sich als kontraproduktiv erweist, wird in dem Beitrag über Mali verdeutlicht.

Dem Abstieg des Westens steht nicht nur der Aufstieg Chinas entgegen, sondern die sich formierenden neuen Bündnisse, wie z.B. die anstehende Erweiterung der BRICS-Staaten, die zunehmend auch weltwirtschaftlich relevanter werden als der G7-Klub des „Werte-Westens“.

Die globale Kriegsgefahr ist derzeit größer als je zuvor. Das Kriegspotenzial der NATO-Staaten muss deshalb vor allem auch von den globalen Gegenkräften in die Schranken verwiesen werden.

Karl-Heinz Peil

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Anmerkungen und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung unter <https://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>

Zum Titelfoto: Die Installation „Return To Sender“ soll an eine riesige Ansammlung von Abfall erinnern. Die Struktur besteht aus gebrauchten Kleidungsstücken, die zu Ballen geformt werden und Dutzende von Quadratmetern in einem ansonsten unberührten öffentlichen Erholungsraum einnehmen. Davor zu sehen ist Elektroschrott. Dieses spiegelt das wahre Ausmaß des unkontrollierten Konsums im Globalen Norden und die Verbringung dieser

Materialien in den Globalen Süden, so dass die weniger industrialisierten Länder damit zu kämpfen haben, sowohl mit Abfall als auch mit Nicht-Abfall. Bis zu 40 Prozent eines Ballen importierter Secondhand-Kleidung sind völlig unbrauchbar und landen direkt auf der Mülldeponie - und zwingen die Menschen, die mit ihnen handeln, dazu, hohe Kosten für das Risiko eines unbrauchbaren Ballen zu tragen.

„Antisemitismus“ auf der documenta fifteen

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik, Edermünde

Die diesjährige Kunstausstellung documenta verfolgt ein längst fälliges, dennoch fast revolutionär anmutendes Ziel: Sie will – endlich – dem Süden des Planeten eine Stimme verschaffen, die Sicht auf die Welt (und ihre jüngste Geschichte) durch die Augen der (ehemals?) Unterdrückten zeigen. Es birgt aber natürlich Konfliktpotenzial, wenn der Westen damit konfrontiert wird, dass seine hegemoniale Darstellung des Weltgeschehens nicht überall geteilt wird.

Die Sicht auf dieselben Dinge kann aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen und Selbstbilder sehr verschieden ausfallen. Genauer: Der Blick aus dem Süden kann gefärbt sein durch Erfahrungen mit Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und Ausbeutung, die eben nur die ehemals Kolonisierten und meist bis heute Ausgebeuteten machen können.

„Unser“ Weltbild auf dem Prüfstand

Kurzum: Die lobenswerte Idee, die Menschen der vormaligen Dritten Welt für sich selbst sprechen zu lassen, birgt Sprengstoff, der dazu führen könnte, dass in „unserer“ Geschichtsschreibung unbeachtete Tatsachen plötzlich relevant werden, dass Fakten in den Vordergrund rücken, die im dominanten Westen nie bedacht, ja oft verschwiegen wurden.

Schlimmstenfalls, dass unsere eigene Geschichtsschreibung – über uns selbst und die von uns über Jahrhunderte beherrschte Welt – in einem neuen und vielleicht wenig erfreulichen Licht erscheint. Herrschaftssoziologisch stellt sich hier die Frage: Wer besitzt die Deutungshoheit über das, was „dort unten“ geschah und geschieht? Genauer: Wenn die aus dem Süden Deutungsmacht erhalten, wird dann nicht möglicherweise „unser“ über Jahrhunderte gewachsenes und gepflegtes Weltbild mitsamt dem darin transportierten Herrschaftsanspruch infrage gestellt?

Kuratiert wird die Kunstausstellung

von dem indonesischen Künstlerkollektiv ruangrupa, das weitere Künstler und Kollektive suchen und zur Teilnahme einladen sollte, um so eine demokratische und möglichst repräsentative Vorstellung von Kunst aus dem globalen Süden vorzustellen. Der schon lange vor Beginn der Ausstellung wegen der Teilnahme einer palästinensischen Künstlergruppe von selbsternannten Kasseler Antisemitismusjägern erhobene Vorwurf, bei der diesjährigen documenta handle es sich um ein antisemitisches Unternehmen, schien endlich Bestätigung gefunden zu haben:

Die indonesische Gruppe Taring Padi zeigte ein aus vielen hundert Bildern bestehendes, wimmelbildartiges Banner, das seit rund 20 Jahren schon vielerorts gezeigt worden war, ohne Proteste auszulösen. Drei der darauf befindlichen Bilder wurden von Kritikern der Ausstellung als antisemitisch identifiziert. Die einsetzende Debatte erschütterte nicht nur die Kunstwelt, sie wurde zum Politikum erster Ordnung, veranlasste sogar den Bundespräsidenten zur Intervention.

Geschichtliches zu Judenhass und Antisemitismus

Zunächst ist festzuhalten, dass Antisemitismus oder Judenhass (auf den Unterschied zwischen beiden Begriffen kann hier nicht gebührend eingegangen werden) ein Problem des christlichen Abendlandes ist – nicht der Menschen aus der Dritten Welt. Dementsprechend spielt er für sie auch nicht die Rolle, die ihm im Abendland und ob seiner Geschichte erst recht in Deutschland zukommt. Erinnern wir uns doch: Da sind die Judenpogrome des Mittelalters, die Expansion der katholischen kastilischen Krone im Süden der iberischen Halbinsel, die völkermordähnliche Vertreibung der andalusischen Bevölkerung und Flucht hunderttausender muslimischer und jüdischer Menschen nach Nordafrika – allein der osmanische Sultan nahm zigtausende geflüchtete jüdische Men-

schen auf.

Zeitgleich gab ein Martin Luther seine antijüdischen Tiraden zum Umgang mit den Juden ab, die durchaus als Blaupausen für KZs gelesen werden können. Die Traktate eines vor allem durch die Biologie „naturwissenschaftlich fundierten“ Antisemitismus avancierten in Europa zur herrschenden Lehre. Sie können hier aus Raumgründen nicht behandelt werden, ihre historische Herkunft sollte aber bei den folgenden Überlegungen präsent bleiben.

Der Islam und die Religionsfreiheit

Mit der kolonialen Expansion wanderte auch der Antisemitismus nach Süden, war dort aber stets Teil der Ideologie der Herrschenden, nicht der beherrschten Einheimischen. Wie könnte man sonst erklären, dass allein im islamischen Raum bis heute an die 20 christliche Kirchen existieren, ganz zu schweigen von Drusen, Jesiden, Bahai? Und selbstverständlich gab es – bis zur Gründung des Staates Israel 1947 – in all diesen Ländern jüdische Gemeinden, in den meisten bis heute, die wohl größte im ob seiner Israel-Feindlichkeit lauthals geschmähten Iran.

Der Islam verlangt den Schutz der monotheistischen Offenbarungsreligionen durch die muslimische Herrschaft, unterstellt allerdings die jüdischen und christlichen Gemeinden dem dhimmi-Statut, demzufolge sie bestimmte Abgaben zu leisten haben und vom Kriegsdienst ausgeschlossen sind.

Im indonesischen Bandung fand 1955 unter Vorsitz des damaligen Präsidenten Ahmed Sukarno jene legendär gewordene „Bandung-Konferenz“ statt, die die Unabhängigkeit der damals vielen noch kolonisierten Gebiete forderte und den Grundstein legte für die Entstehung der Bewegung der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, die sich als „Blockfreie“ zwischen den Großmäch-

ten des Kalten Krieges verstanden. Führungsmächte dieser Blockfreien waren neben Indonesien unter anderem die damals schon unabhängigen Staaten Indien, Ägypten, Jugoslawien, Kuba. In der herrschenden Meinung des Westens wurden sie als Fünfte Kolonne Moskaus apostrophiert.

Das Blutbad in Indonesien und westliche Geheimdienste

Entsprechend wurden sie bekämpft: Mit Unterstützung des Westens (und Wissen der westlichen Botschaften – so auch der bundesrepublikanischen – in Djakarta) putschte 1965 General Suharto gegen den Präsidenten Sukarno. Die Zahl der Ermordeten wird auf etwa eine halbe Million geschätzt, Flüsse waren rot vom Blut. Opfer der Massaker waren in erster Linie Kommunisten und Menschen, die als solche denunziert wurden. Dazu der indonesische Historiker Hilmar Farid:

„Von vielen politischen Beobachtern wurde und wird jedoch übersehen, dass die Gewalt von 1965 untrennbar verbunden ist mit dem Siegeszug des Kapitalismus.“



Die unterstützende Rolle westlicher Geheimdienste – nicht nur der CIA, sondern auch des Mossad und des BND – auch an der späteren Herrschaft des Generals sind unbestreitbar. Suharto machte den Inselstaat zu einem neoliberalen Paradies für ausländische Investitionen vor allem im Bergbau und beim industriellen Anbau von Palmöl.

Gleichfalls 1965 wurde der marokkanische Oppositionsführer Mehdi Ben Barka, einer der Hauptorganisatoren der für 1966 in Havanna geplanten großen Trikont-Konferenz der Blockfreien, mit Hilfe der französischen Polizei in Paris entführt und vom marok-

kanischen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Spekulationen über die Beteiligung des Mossad an diesem Verbrechen füllen Bände.

Unbestreitbar ist die zentrale Rolle von Mossad und CIA bei der Entführung von Abdullah Öcalan, dem Generalsekretär der hierzulande verbotenen und als terroristisch eingestuften PKK (Kommunistische Partei Kurdistans): Er wurde am 15. Februar 1999 aus der griechischen Botschaft in Kenia verschleppt und ist seither auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftiert. Der Mossad darf als verlässlicher Partner von Geheimdienstaktionen westlicher Dienste gelten.

Die Künstler selbst hatten schon vor langer Zeit zu dem Banner erklärt:

„Die Banner-Installation People’s Justice (2002) ist Teil einer Kampagne gegen Militarismus und die Gewalt, die wir während der 32-jährigen Militärdiktatur Suhartos in Indonesien erlebt haben und deren Erbe, das sich bis heute auswirkt. Die Darstellung von Militärfiguren auf dem Banner ist Ausdruck dieser Erfahrungen. Alle auf dem Banner abgebildeten Figuren nehmen Bezug auf eine im politischen Kontext Indonesiens verbreitete Symbolik, z. B. für die korrupte Verwaltung, die militärischen Generäle und ihre Soldaten, die als Schwein, Hund und Ratte symbolisiert werden, um ein ausbeuterisches kapitalistisches System und militärische Gewalt zu kritisieren (...).“

So weit die eindeutige Kontextualisierung der darin enthaltenen Bilder des Banners durch die Künstler selbst.

Die inkriminierten Bilder

Insgesamt drei Bilder des Banners mobilisierten den Vorwurf des Antisemitismus. Das erste zeigt ein Schweinsgesicht mit einem Helm, auf dem MOSSAD steht und das ein Halstuch mit einem sechszackigen Stern trägt, darüber sind noch Atomraketen zu sehen. Erkennbar sind auf dem Bild weitere uniformierte Personen, die andere Geheimdienste darstellen sollen. Ist diese Anklage gegenüber dem israelischen Geheim-

dienst so eindeutig antisemitisch? Der sechszackige Stern auf dem Halstuch des Uniformierten kann auf Israel, aber auch auf das Judentum generell verweisen; der Mossad aber ist ein extralegaler Akteur des israelischen Staates. Ihn als Stellvertreter des Judentums zu begreifen, erscheint nicht nur als historisch falsch, sondern auch absurd.

Oder aber drückt das Bild Verachtung, Verurteilung, ja vielleicht Hass auf einen Geheimdienst aus, der – im Verbund mit anderen Diensten und auf gleichem Niveau mit ihnen dargestellten anderen Figuren – hier stellvertretend und als Akteur steht für imperialistische Unterdrückung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der ausgebeuteten Welt des Südens? Das Bild steht wohl eher für die Repression durch Dienste, die abseits jeder Rechtsstaatlichkeit Interessen fremder Mächte durchsetzen.

Darauf deutet auch, dass auf anderen Helmen Kürzel wie „KGB“, „CIA“, „007“ stehen. Ob der Ersteller/die Erstellerin der Zeichnung jenes hierzulande nahezu jedem geläufige, eindeutige Judensau-Reliefs an der Stadtkirche von Wittenberg kennt, erscheint angesichts der gewählten Gesichtszüge eher unwahrscheinlich. Und: Ist das Bild also antisemitisch, weil es – auch – den israelischen Geheimdienst erwähnt, oder kann es, gerade in seinem Kontext, nur als antiimperialistisch und ungesetzlich interpretiert werden?

Das zweite Bild: Ein Gesicht mit Haifischzähnen, die Zigarre eines Kapitalisten im Mund, den Kopf bedeckt mit einem Hut, auf dem SS-Runen zu sehen sind. Steht es – wie in westlich-deutscher Sicht üblich – für den has-



Screenshots S. 4, 6 und 7 aus ARD-/HR-Sendung vom 23.6.2022

senswerten, raffgierigen Juden oder einen Börsenmakler, der symbolhaft für das Finanzkapital steht, das die Reichtümer und Bodenschätze der Länder der „Dritten Welt“ an der Börse verhökert? Die SS-Runen am Hut zielen wohl auf die Menschenfeindlichkeit und Brutalität des angeklagten kolonialen Systems, als Charakteristikum für Juden können sie wohl kaum gedeutet werden. Das Interpretationsproblem verlagert sich also eher ins Auge des westlichen, genauer deutschen Betrachters, als dass es eine eindeutige Aussage über „das Judentum“ wäre. .

Die weniger besprochene dritte Darstellung assoziiert ein Motiv aus Picassos Zyklus „Guernica“ mit Bildern aus dem zerstörten Gaza oder mit friedlich frühstückenden (palästinensischen?) Landarbeiter*innen, während im Hintergrund Bewaffnete aufmarschieren. Diese Bilder werden in der Debatte um die Kunstausstellung nur wenig thematisiert, wohl auch, weil sie sich nur mit noch größerer Schwierigkeit als antisemitisch definieren lassen.

Hinter der hitzigen Debatte über antisemitische Inhalte der Bilder und der Frage, ob solche Bilder noch vom Prinzip der Kunstfreiheit gedeckt werden oder ob hier klar Schranken gesetzt werden müssen, verbirgt sich eine ganz andere Frage, nämlich die nach der Deutung von Geschichte bzw. nach der Definitionsmacht über Geschichtsdarstellung. Diese Frage berührt unmittelbar das der documenta fifteen zugrunde gelegte Ziel, die Sicht auf unseren Planeten aus der Perspektive des Südens zu zeigen. Wen wundert die Hitzigkeit der Debatte, wenn im Zentrum dieses Narrativs die Erfahrung von Kolonialismus, Unterdrückung und Ausbeutung steht?

Denn es geht um mehr als reale Erfahrung der Menschen aus dem Süden, die in das Geschichtsbild einfließt. Dahinter steht auch die Frage, wer wann und wie überhaupt Geschichte schreibt/schreiben darf: Die imperiale Weltordnung bedingt ja auch, dass Forschung und Wissensproduktion streng dem hierarchischen Gefüge entsprechen, das die in den Zeiten des Imperialismus gewachsene Weltordnung geschaffen hat.

Es sind die Historiker, Anthropolo-

gen, Soziologen, Ökonomen etc. des „Westens“, die – inzwischen teilweise auch kritisch – die Gesellschaften des Südens und ihre Transformation beschreiben, Schulbücher des Südens und die Köpfe der Schüler füllen und damit „unsere“ Sicht zur weltweit einzig gültigen machen.

Denn: Zur Festigung der bestehenden Herrschaftsstrukturen muss das Wissen geliefert und konsolidiert werden, mit dessen Hilfe die Reproduktion der etablierten (Welt-)Herrschaft abgesichert wird.

Doppelte Standards auch bei der Kunstfreiheit

Die Debatte um Antisemitismus oder Kunstfreiheit überwölbt daher ein reales Problem, das genau die diesjährige documenta aufzeigen wollte: Die Deutungshoheit über Geschichte und Identität im historisch belasteten Verhältnis zwischen Nord und Süd. Es geht um den Kampf um die Köpfe, die Lufthoheit über die Deutung der Welt-sicht. Vordergründig werden aus westlicher Sicht als antisemitisch interpretierbare Darstellungen denunziert. Letztlich aber geht es um die Definitionsmacht dessen, was sagbar und was unsagbar ist und die Frage, wer darüber bestimmt, wie die Welt auszusehen hat bzw. wie sie anzusehen ist.

Nirgendwo wird das in dieser Debatte herrschende Ungleichgewicht – man könnte auch sagen Nord-Süd-Gefälle – deutlicher als bei einem vergleichenden Blick auf die sogenannten Mohamed-Karikaturen: Deren Veröffentlichung, die Darstellung des Propheten des Islam als Terroristen, der in seinem Turban eine Bombe transportiert, wird in der öffentlichen Meinung und in der Rechtsprechung als von der Kunst- und Meinungsfreiheit gedeckt bezeichnet.

Diese parteiliche Sicht auf „uns“ und „die Anderen“ scheint auch der Bundespräsident zu teilen, der eigens nach Kassel reiste, um zu erklären: Kritik an Israel sei erlaubt, „doch wo Kritik an Israel umschlägt in die Infragestellung seiner Existenz, ist die Grenze überschritten“. Wo auf diesen Bildern das Judentum oder der Staat Israel infrage gestellt werden, lässt sich aus den Bildern nicht erklären. Es wird das Ge-

heimnis des obersten Repräsentanten unseres Staates bleiben, uns eines Tages zu erklären, wo er die Infragestellung des Staates Israel auf diesen Bildern entdeckt hat.

Erinnerungskultur – nicht nur ein deutsches Problem

Autoritativ sorgen die Herrschenden dafür, dass ihre Sicht der Welt auch bei den Beherrschten gültig zu sein hat. Beispielhaft sei hier nur verwiesen auf die heftige Debatte, die seit der Präsidentschaft Emmanuel Macrons in Frankreich und Algerien über die „Erinnerungskultur“ an den Algerienkrieg geführt wird. Darum ist die Debatte um den realen oder behaupteten Antisemitismus auf den inkriminierten Bildern vordergründig.

Politisches Ziel ist es, wie auch immer stärker in der Debatte artikuliert, diese Ausstellung schlechthin zu verhindern. Und wenn das diesmal nicht gelingt, so soll doch in Zukunft durch die Einschaltung neuer Entscheidungsstrukturen, durch Vergabe oder Nicht-Vergabe von Mitteln etc. dafür gesorgt werden, dass die Welt im richtigen Bild erscheint: Nicht die Stimme des Südens, der Entrechteten, der „Verdammten dieser Erde“ (Frantz Fanon) soll gehört und verstanden werden, sondern die Definitionsmacht der Herrschenden wird durchgesetzt.

Die Welt-Kunstschau wird umfunktioni-ert, um die weltweit gültige Sicht „unserer“ humanistisch verkleideten neokolonialen Ordnung zu stabilisieren. Dies gelingt aber nur, wenn sie in den Köpfen der Beherrschten selbst verankert wird. Um dies zu erreichen, scheint die alte Figur wieder auf, die schon immer Kolonialismus und Imperialismus verkleidete als „zivilisatorische Mission“ bzw. als „des weißen Mannes Bürde“:

Nur die widerspruchslose Übernahme „unserer“ überlegenen und ewig gültigen Werte vermag es, Fortschritt und Humanität zu sichern. Wirklich glaubwürdig wird dies aber erst, wenn der Süden in diesen Chor einstimmt und für die Segnungen durch die Herrschaft des weißen Mannes dankt. Und schon sind wir wieder mitten auf der documenta fifteen, die so nie wieder stattfinden soll.

Auszug aus: Offener Brief an den Aufsichtsrat der documenta



Wir, die Unterzeichner dieses Offenen Briefes, sind besorgt darüber, dass die international renommierte Kunstausstellung documenta womöglich das letzte Mal in ihrer gewohnten Art stattfindet. Ruangrupa, das diesjährige indonesische Kurator*innen-Team der documenta, verfolgte das ehrgeizige Ziel, endlich einmal dem „Globalen Süden“ des Planeten eine Stimme zu verschaffen. Es sollten aus seiner Sicht Blicke auf eine postkoloniale Welt gelenkt werden, die zuvor durch Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und andere Formen von erfahrener Unterdrückung und Ausbeutung geprägt worden war. „Lumbung“, die Reisscheune als Hort einer gemeinschaftlich verwalteten und genutzten Lebensressource, hätte als Leitidee einer vitalen interkulturellen Kommunikation dienen können. [...]

Die lobenswerte Idee, Menschen der vormaligen Dritten Welt für sich selbst sprechen zu lassen, birgt natürlich die „Gefahr“, dass in unserer eigenen Geschichtsschreibung unbeachtete Tatsachen plötzlich relevant werden, die beharrlich be- und verschwiegen blieben. Wer besitzt die Deutungshoheit über das, was „dort unten“ geschah und geschieht? Wenn „die aus dem Süden“ Deutungsmacht erhalten, wird dann nicht möglicherweise „unser“ über Jahrhunderte gepflegtes Weltbild mit dem darin transportierten Herrschaftsanspruch infrage gestellt?

Das indonesische Künstlerkollektiv Taring Padi zeigte ein aus vielen hundert Bildern bestehendes, wimmelbild-

artiges Banner, das bereits vor zwei Jahrzehnten entstand. Es wurde seitdem vielerorts gezeigt, ohne Proteste auszulösen. Zwei auf diesem Banner befindliche Bildausschnitte wurden zum Anlass genommen, die documenta 15 vorschnell politisch zu instrumentalisieren beziehungsweise sie als „antisemitisch“ zu denunzieren. Mit dem Resultat, dass sie insgesamt in Bausch und Bogen verdammt, ja sogar ihr sofortiger Abbruch gefordert wurde. Selbst hochrangige deutsche Politiker*innen glaubten in diesen Bildausschnitten eine Existenzgefährdung des Staates Israel zu erkennen, während andere einen Besuch in KasSEL bewusst mieden. [...]

„Wir sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Wir sehen sie so, wie wir sind“, schrieb einst die Schriftstellerin Anaïs Nin. „Wir“ haben „hier“ einen gefährlichen Cocktail aus Vorverurteilungen, hasserfüllter Ablehnung, zutiefst reaktionären Reaktionen, politischem Opportunismus und Vandalismus gemixt. Was dazu führte, dass ausländische Gäste, ja selbst Kurator*innen und Künstler*innen der diesjährigen documenta physisch gefährdet waren. All das hat nicht nur dieser internationalen Kunstschau beträchtlichen Schaden zugefügt. Darüber hinaus erschallen sogar laute Rufe nach Beschneidung der Kunstfreiheit und Zensur – wohlverstanden, im Sommer 2022!

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Republik Indonesien ist es an der Zeit, dass zu-

mindest im politischen Berlin die Archive mit Blick auf die vielfältige (west-)deutsche Unterstützung des Suharto-Terrorregimes und im Sinne stets beschworener Transparenz und „wertebasierter Außenpolitik“ geöffnet werden.

Wir fordern insbesondere den Aufsichtsrat der documenta 15 auf, unverzüglich alles in seinen Kräften Stehende zu tun, dass gesittete Umgangsformen und eine den Namen verdienende Dialogkultur mit entsprechenden öffentlichen Foren regen Gedankenaustausches die verbleibende Zeit der documenta 15 prägen. Wir erwarten überdies, ein eventuell avisiertes Beratergremium mit zumindest einem/einer Südostasienwissenschaftler*in zu besetzen.

Prof. Dr. Werner Ruf, em. Politologe & Friedensforscher | Dr. Ingo Wandelt, Ethnologe & Indonesist | Dr. Rainer Werning, Sozialwissenschaftler & Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien (27.7.2022)

Zitat aus einem Kommentar von Alan Posener in der Tageszeitung "Welt" vom 21.7.2022:

Die Documenta präsentiert den „globalen Süden“ als gemeinschaftlich, gerecht und als Alternative zur westlichen Lebensweise. Das geht jedoch völlig an der Realität vorbei. Denn nur ohne Clan- und Sippenstrukturen gibt es mehr Entwicklung, Wohlstand und Freiheit. [...]

Wer unter dem Stichwort „Lumbung“ zurück zur Sippe will, soll es dürfen. Doch im Gegensatz zum idealisierten Konstrukt von Sippe, das die Kuratoren der Documenta propagieren, gehört zur real existierenden Sippe nicht nur „Kollektivität“, sprich Gruppenzwang, sondern meist auch Misstrauen und Hass gegen alle, die nicht zur Sippe gehören. Insofern ist der Antisemitismus der Documenta kein Ausrutscher; er bringt vielmehr das Wesen der reaktionären Ideologie eines so verstandenen „globalen Südens“ und seiner westlichen Bewunderer auf den Begriff.

Nachüberlegung zum Documenta-Eklat

von Moshe Zuckermann, Tel Aviv

Es ist nicht ausgemacht, wann der Documenta-Skandal in Deutschland verblassen wird. Zu überlegen ist gleichwohl jetzt schon, was an ihm so deutsch ist. Der Skandal hat in Deutschland stattgefunden, weil die Documenta ein in Deutschland stattfindendes Kunstereignis ist. Aber gemessen daran, dass in ihr schon immer Exponate aus der ganzen Welt ausgestellt werden, ist auffällig, dass in keinem anderen Land eine der deutschen vergleichbare erregte Reaktion zu verzeichnen war. Nicht einmal in Israel, wo der Eklat kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Bemerkenswert ist vor allem eins: Als man am Riesenbild zwei antisemitische Motive ausgemacht hatte, meinte man sofort, reagieren und das Gemälde abhängen zu sollen, um dann die gesamte Ausstellung politisch zu desavouieren. Der Staatspräsident, der Bundeskanzler, das Parlament, diverse Parlamentarier und die Medien meldeten sich zu Wort, allen voran der Zentralrat der Juden in Deutschland, in Deutschland lebende Juden und sogar einige in Deutschland weilende Israelis.

Und es stellt sich die Frage, warum man sich vom Zentralrat und "den Juden" zu solch einer heftiger Reaktion animieren lässt, mithin den "israelbezogenen Antisemitismus" (obligatorisch) mit einbezieht, ohne zugleich zu fragen, was sich gerade in Israel an übelstem Rassismus, an zur offiziellen Politik geformter Xenophobie und an Hasstiraden gegen israelische Palästinenser in alltäglicher Praxis abspielt, an der sich die hohe Politik, die Medien und als gängige Routine auch "die Straße" beteiligt. Es handelt sich dabei nicht um Ausnahmen, sondern um Erscheinungen und Vorkommnisse, die längst schon zur Matrix der politischen Kultur Israels geronnen sind.

Allein schon die israelische Parteienlandschaft spricht da Bände. Es sind in Israel Meinungen, Polemiken und rhetorische Aggressionen aus dem Munde von populären Politikern zu hören, die in anderen westlichen Ländern (mithin in Deutschland) den sie aus-

sprechenden Politiker sehr bald zum Rücktritt zwingen würden.

Wieso kommt das im deutschen Polit- und Kulturdiskurs nie zur Sprache, und wenn es kommt, darf man davon ausgehen, dass derjenige, der es zur Sprache bringt, automatisch als Antisemit verleumdet wird. Nichts ist effektiver, als die Thematisierung des israelischen Rassismus mit dem Antisemitismus-Vorwurf abzuschmettern. Darauf hat man sich im Deutschlands politischer Kultur nachgerade spezialisiert.

In den deutschen Medien herrscht zur Zeit eine fast konsensuelle Verurteilung der russischen Invasion in die Ukraine. Ungeachtet dessen, was es an der russischen Aggression tatsächlich zu kritisieren gilt, fällt doch auf, wie engagiert die diesbezüglichen Kritiker sich geben (man ahnt, dass es dabei auch um gewisse historische Kompensationen gegenüber den Russen gehen mag).

Zu fragen ist gleichwohl, mit nicht minderer aktueller Dringlichkeit, wieso ist in den deutschen Medien die Barbarei der israelischen Okkupation in den palästinensischen Gebieten, die schon Jahrzehnte währende Knechtung der Palästinenser, ihre Schikanie, Diskriminierung und militärische Unterdrückung, die oft genug auch die Tötung von Zivilisten zeitigt, weitgehend ausgespart.

Wieso hat der deutsche Diskurs offenbar beschlossen, dieses "Thema" unberührt zu lassen? Die Unsäglichkeit der Lebenspraxis in den besetzten Gebieten, die von israelischen Juden permanent begangenen Kriegsverbrechen und die staatsoffizielle brutale Übertretung des Völker- und Menschenrechts zu ignorieren?

Die Antwort in beiden Fällen – der Asymmetrie im Vergleich beim Documenta-Eklat und bei der russischen In-



vasion in der Ukraine – liegt auf der Hand. Die Wirksamkeit des von der israelischen Propaganda in Gang gesetzten und von der deutschen Befindlichkeit dankbar aufgenommenen und gestählten Antisemitismus-Vorwurfs leistet ganze Arbeit.

Nicht nur sind die in Deutschland lebenden Juden (trotz ihres Gejammers) geschützter als irgendwo sonst in der westlichen Welt (sogar die AfD hat sich schon ihres Schutzes angenommen), sondern auch der Verbrechen begehende Staat Israel darf sich (trotz des perfiden Antisemitismus-Gejammers der israelischen Hasbara) bei den Deutschen gut aufgehoben wähnen. Seine Sicherheit ist schon längst zur deutschen Staatsraison avanciert, seine inhumane Innen- und Außenpolitik ist in Deutschland immunisiert.

Es gibt den unsäglich deutschen Begriff der "Wiedergutmachung". Was Deutsche im 20. Jahrhundert an Juden verbrochen haben, ist nie mehr "wiedergutzumachen". Aber wenn man in Deutschland meint, mit dem perfiden Antisemitismus-Vorwurf "Juden" und den Staat Israel "schützen" zu sollen, dann sollte man sich klarmachen, dass diese "Wiedergutmachung" nichts anderes ist, als der verlängerte Arm Hitlers.

Die Frage ist, wie lange sich diese Politik gewordene Befindlichkeit halten wird. Je länger sie fortwährt und sich in solchen Eklats wie dem Documenta-Skandal manifestiert, muss man sich ernsthaft fragen, was genau die "Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit" gezeitigt hat. Something went awfully wrong.

EU-Energiepolitik: Nach uns die Sintflut

von German Foreign Policy



Screenshot von der Homepage der NVL Group: Die im Bau befindliche Fregatte für die Bundeswehr mit einem LNG-Tanker im Hintergrund (als Schutzobjekt)

Europa, das Ende 2021 Erdgasprojekte in Afrika zur Klimarettung stoppen wollte, fördert sie nun, um von russischem Gas unabhängig zu werden und den Kampf gegen Moskau verschärfen zu können.

Die verstärkte Nutzung afrikanischer Länder als Lieferanten von Erdgas für Europa stößt auf dem afrikanischen Kontinent zunehmend auf Kritik. Hintergrund sind Beschlüsse, die eine Reihe wohlhabender Industriestaaten im vergangenen Jahr auf der Glasgower Klimakonferenz (COP26) fällten. Sie sahen vor, die Finanzierung der Öl- und Gasförderung im Ausland zu stoppen, was wiederum die Nutzung von Erdgas als Energieträger in Afrika erschwert.

In Afrika haben bis heute 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom; Erdgas gilt dort als geeigneter Energieträger, um dies mit möglichst geringer Klimabelastung zu ändern. Jetzt allerdings vollziehen die Staaten Europas plötzlich eine Kehrtwende und dringen auf Erdgaslieferungen aus afrikanischen Staaten – um rasch von Erdgas aus Russland unabhängig zu werden und Russland noch schärfer boykottieren zu können.

Aus zahlreichen afrikanischen Staaten kommt scharfe Kritik; das europäische Vorgehen sei „bevormundend“ und „heuchlerisch“, protestiert ein einflussreicher Spitzenvertreter der UN. Auf der

Jagd nach Flüssiggas kaufen die Staaten Europas weiterhin auch ärmeren Ländern Südasiens die Lieferungen weg.

Afrika: Grüner Kolonialismus

Hintergrund der Kritik an den europäischen Mächten, die ge-

genwärtig in zahlreichen afrikanischen Staaten laut wird, sind Beschlüsse, die im vergangenen Jahr auf der Glasgower Klimakonferenz (COP26) gefällt wurden. Dabei geht es insbesondere um das Versprechen einer Reihe wohlhabender Industriestaaten, die Finanzierung von Projekten zur Öl- und Gasförderung ab spätestens 2023 zu stoppen – allerdings nur im Ausland.

Mittlerweile haben sich sämtliche G7-Staaten angeschlossen. Die Ankündigung rief auf dem afrikanischen Kontinent Unmut hervor, weil sie darauf hinausläuft, keine Erdgasprojekte in Afrika mehr zu fördern, obwohl diese als realistisches Mittel gelten, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern; bis heute verfügen 600 Millionen Menschen in den Ländern Afrikas nicht über Strom.

Der unmittelbare Sprung hin zu Versorgung aus Solar- und Windenergie ist teuer und gilt als unrealistisch – auch weil die wohlhabenden Industriestaaten die dazu nötigen Mittel verweigern; die einst zugesagte Summe von 100 Milliarden US-Dollar im Jahr für die Versorgung der Entwicklungsländer mit erneuerbaren Energien wird bis heute nicht gezahlt. Immer wieder ist in Afrika von „grünem Kolonialismus“ des Westens die Rede.[1]

Senegals Beitrag

Erneut entzündet hat sich die Kritik, weil die europäischen Mächte seit dem Beginn des Ukraine-Krieges ihr COP26-Versprechen brechen, allerdings nur zu ihren eigenen Gunsten; es geht ihnen ausschließlich darum, aus ihrer

Abhängigkeit von russischem Erdgas zu entkommen. Dies gilt als nötig, um Russland noch schärfer boykottieren zu können. So will Italien Flüssiggas aus einem Förderprojekt in Kongo-Brazzaville beziehen, das zur Zeit ausgebaut wird. Frankreich wiederum hat ein Förderprojekt im Norden von Mozambique in den Blick genommen, das der Konzern Total vor gut einem Jahr wegen lokaler Aufstände eingestellt hatte.

Die EU hatte die Aufstände im Erdgasgebiet zum Anlass genommen, einen militärischen Ausbildungseinsatz in Mozambique zu starten.[2] Auch Deutschland bemüht sich in Afrika um Erdgas, und zwar ebenfalls für den eigenen Konsum. Kanzler Olaf Scholz kündigte Ende Mai bei einem Besuch in Senegal an, Berlin werde die Erdgasförderung in dem Land unterstützen; Senegal könne dann, so hieß es in einem Bericht, „einen Beitrag leisten, um russisches Gas zu ersetzen“.[3] Inzwischen haben die G7 ihren Kurswechsel von ihrem COP26-Versprechen hin zur Finanzierung der Gasförderung auf dem afrikanischen Kontinent offiziell abgenickt.

Die Kehrtwende der IEA

Unmut in Afrika hat zudem die Internationale Energieagentur (International Energy Agency, IEA) ausgelöst. Die IEA hatte im vergangenen Jahr erklärt, es sei zum Erreichen der globalen Klimaziele dringend notwendig, keinerlei Projekte zur Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern mehr zu finanzieren.

Im Juni dieses Jahres hat die Agentur, die unter starkem US-Einfluss steht, eine Kehrtwende vollzogen; sie behauptet jetzt, Afrika müsse seine Erdgasproduktion in hohem Tempo ausbauen, um spätestens gegen Ende des Jahrzehnts bis zu 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr nach Europa liefern zu können. Das sei nötig, um der Abhängigkeit der europäischen Staaten von russischem Erdgas zu beenden.[4]

Zugleich wies die IEA darauf hin, in relativ kurzer Frist werde auch wieder

ein Ausstieg aus der Erdgasförderung notwendig sein, um wie geplant bis zur Jahrhundertmitte klimaneutral zu werden. Es gelte deshalb, die Fördervorhaben auf dem afrikanischen Kontinent so schnell wie möglich zu realisieren. Sonst sei es ungewiss, ob sie sich noch in vollem Umfang amortisieren könnten.

„Bevormundend, heuchlerisch“

Zu den Doppelstandards der europäischen Mächte haben sich inzwischen eine ganze Reihe führender afrikanischer Politiker geäußert. „Wir brauchen langfristige Partnerschaften, nicht Inkonsistenz und Widerspruch“, monierte der Präsident Nigerias, Muhammadu Buhari.[5] „Sie können nicht einfach kommen und sagen: „Wir brauchen euer Gas, ich kaufe euer Gas, und wir bringen es nach Europa“, wurde der Energieminister Äquatorialguineas, Gabriel Obiang Lima, zitiert.

Afrika für kurzfristige Erdgaslieferungen zu instrumentalisieren – das sei „bevormundend“ und „heuchlerisch“, urteilte Carlos Lopes, ein ehemaliger Leiter der UN-Wirtschaftskommission für Afrika. Es sei „absolut empörend, den Afrikanern zu sagen, dass sie die Optionen, die vor ihnen liegen, nicht prüfen sollen, und zur selben Zeit wegen des russisch-ukrainischen Krieges die Forderung nach Gas für Europa zu beschleunigen“.[6] Kritiker weisen zudem darauf hin, dass das

Erdgas, das nun aus afrikanischen Staaten nach Europa geliefert wird, bei der dringend notwendigen Verbesserung der Versorgung der afrikanischen Bevölkerung fehlt.[7]

Flüssiggas: „Europa saugt die Welt aus“

Staaten in Südasien und weitere Entwicklungs- und Schwellenländer geraten in eine ernste Energiekrise, weil Europa ihnen im Machtkampf gegen Russland das Flüssiggas wegkauft.

Die europäische Jagd auf Flüssiggas droht die Energieversorgung in zahlreichen Ländern Südasiens sowie anderer Weltregionen kollabieren zu lassen. Das geht aus Berichten aus Pakistan, Bangladesch, Thailand und diversen weiteren Staaten hervor. Pakistan etwa ist nicht mehr in der Lage, Flüssiggas auf dem Spotmarkt zu erwerben, weil „jedes einzelne Molekül, das in unserer Region erhältlich war“, von den Staaten Europas gekauft worden sei, teilt der pakistanische Erdöl-

minister Musadik Malik mit.

Seine Regierung muss längst Strom rationieren, Geschäftszeiten reduzieren und zeitweise gar die Versorgung von Teilen der Industrie kappen. Die zuletzt im Wachstum befindliche Exportindustrie hat mit ernstesten Rückschlägen zu rechnen.

Dasselbe ist etwa in Bangladesch der Fall, wo die Bevölkerung – ebenfalls wegen Flüssiggasmangel – Strom-, die Industrie schmerzliche Produktionsausfälle hinnehmen muss. Aus Thailand und weiteren Ländern wird Ähnliches berichtet. Ursache dafür, dass die Staaten Europas ärmeren Ländern Flüssiggas wegkaufen, ist ihr Plan, Moskau die Einkünfte aus dem Gasverkauf zu nehmen.



Foto: Caritas-International.de

Klimakrise: Der reiche Norden soll zahlen

von Wolfgang Pomrehn, Telepolis (27.7.2022)

Ernteausfälle, Waldbrände, zerstörte Infrastruktur, verendete Nutztiere, Katastrophenopfer. Wann werden die Verursacher zur Kasse gebeten?

Die zum Teil bereits drastischen Klimaveränderungen verursachen Kosten aller Art. Ernten werden vernichtet, Häuser und Infrastruktur zerstört, Menschen sterben in Hitzewellen und Unwettern, Krankheitserreger breiten sich aus, Ackerland geht aufgrund des mit dem Anstieg des Meeresspiegels eindringenden Salzwassers verloren.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat im vergangenen Jahr berechnet, dass die bisherigen deutschen Treibhausgasemissionen allein 2019 weltweit Schäden in Höhe von mindestens 156 Milliarden Euro verursacht haben.

Für diese und vergleichbare Kosten, findet Alex Lo, Kommentator der in Hongkong erscheinenden South China Morning Post, sollten die Industriestaaten aufkommen. Lo will allerdings die großen Emittenten unter den ärmeren Ländern – in absoluten Zahlen vor allem China, gemessen an den Bevölkerungszahlen eher die arabischen Erdölexporteure, die in der internationalen Diplomatie immer noch als Entwicklungsländer gelten – nicht vom Haken lassen. Sie sollen ihre Klimaschulden gegenüber dem Rest der Welt mit einer Reduktion ihrer Emissionen begleichen. [...]

Übrigens: Deutschland ist die Nummer sechs, wenn man die historischen Emissionen nach Ländern aufaddiert und Nummer vier, wenn diese auf die Bevölkerung umgerechnet werden. Geld genug wäre ja da, wie man an dem kürzlich von der Bundesregierung aus dem Hut gezauberten gigantischen Aufrüstungsprogramm sehen kann.

Naher und Mittlerer Osten: So verschieben sich die Perspektiven

von Karin Leukefeld

Die Perspektiven der EU-Institutionen und der reichen europäischen Regierungen sind geleitet von geostrategischen und ökonomischen Interessen. Auch wenn das mit schönen Worten und edlen Absichten verkleidet wird, geht es um Machtpolitik. Begriffe wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Wohlstand, Sicherheit und Partnerschaft versprochen vor 20 Jahren den Zielländern eine gute Zukunft, wenn sie mit der EU kooperierten.

Dialog und Partnerschaftsabkommen waren Teil des neuen außenpolitischen Konzepts der EU-Nachbarschaftspolitik, die 2004 verkündet wurde. Es ergänzte strategisch das US-Konzept eines „Größeren Mittleren Ostens“, mit dem eine Region von Afghanistan über die Arabische Welt bis Nordafrika als Einfluss-Sphäre für den von den USA geführten Westen, EU und NATO markiert wurde.

Die Zielländer der EU-Nachbarschaftspolitik umfassten im Nordosten Belarus, Ukraine, Moldau, im Osten Georgien, Aserbeidschan und Armenien, im Südosten Syrien, Libanon, Jordanien, Israel, Palästina und im Süden Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko. Innerhalb des Gebietes lagen das Schwarze Meer, das Asowsche Meer, das Kaspische Meer, der nördliche Suez-Kanal und das gesamte Mittelmeer einschließlich der Straße von Gibraltar.

Heute ist klar, dass es Brüssel mit seiner „Nachbarschaftspolitik“ im engen Kontakt mit Washington und der NATO um die geostrategische Auswei-

tung nach Osten und Südosten geht. Ziel ist die Eindämmung von Russland, das sich nach der Auflösung der Sowjetunion und des Militärbündnisses Warschauer Pakt wirtschaftlich, militärisch und politisch wieder stabilisiert hat.

EU-Nachbarschaftspolitik – Traum und Wirklichkeit

Die ursprünglichen „Zielländer“ der EU-Nachbarschaftspolitik im Nahen und Mittleren Osten versprochen sich vor 20 Jahren vermutlich wirklich Fortschritt und die Lösung so mancher Probleme. Syrien machte seine Tore weit auf für Hunderte ausländischer Organisationen, der Libanon schöpfte Hoffnung, zumal sich fast zeitgleich die israelischen Besatzungstruppen nach mehr als 20 Jahren Widerstand über Nacht davongestohlen hatten. Jordanien und die Palästinenser hofften auf Vermittlung mit Israel. Israel baute eine Mauer.

EU-Assoziierungsabkommen wurden verhandelt. Bilaterale Programme mit europäischen Ländern wurden aufgelegt, von denen vor allem die Jugend profitierte. Wirtschaftliche Kontakte wurden geknüpft und vertieft. Man war sogar bereit, bei dem von Frankreich favorisierten Mittelmeerdialo- g am gleichen Tisch Platz zu nehmen wie Israel. Dieser stets „unfreundliche Nachbar“ hatte das Land seiner Nachbarn gestohlen, die Menschen von dort vertrieben und völkerrechtswidrig Militärbasen und Siedlungen gebaut. Israel blockierte die wirtschaftliche Entwicklung seiner Nachbarn durch

seine Besatzungspolitik und Drohungen. Doch dieser „unfreundliche Nachbar“ war ein guter Freund von USA und EU, die stets zu ihm standen. USA, Frankreich, Großbritannien und das reiche Deutschland bewaffneten Israel Jahr für Jahr

bis an die Zähne – und das schon seit Jahrzehnten.

Doch anstatt Israel dazu zu bringen, die Rechte seiner arabischen Nachbarn zu respektieren und Konflikte mit diesem „unfreundlichen Nachbarn“ zu lösen, wurde der Mittelmeerdialo- g eingestellt. Die EU-Nachbarschaftspolitik entwickelte ein bürokratisches Monster, das die potentiellen Partnerländer mit immer neuen Forderungen konfrontierte.

So sollte Syrien beispielsweise innenpolitisch umfangreiche Reformen in Justiz und Politik entsprechend EU-Standards durchsetzen. Damaskus sollte zudem seine Partnerschaft mit dem Iran einstellen, mit Israel einen Friedensvertrag abschließen und die israelisch besetzten Golan-Höhen vergessen. Syrien und Libanon – die zusammen seit 1948 rund eine Million palästinensischer Flüchtlinge aufgenommen hatten – sollten ihre Unterstützung für den palästinensischen Widerstand einstellen und vieles mehr. Es regte sich Widerspruch in den Ländern, die ihre nationalen Interessen behaupten wollten. Gespräche und Verhandlungen zogen sich in die Länge.

Kein Respekt, kein Frieden

Niemand kann in Frieden leben, wenn ein „unfreundlicher Nachbar“ es nicht will. Dieses geflügelte Wort gilt gerade im Nahen und Mittleren Osten, wo die israelische Besatzungspolitik gegen die Palästinenser immer neue Züge annimmt, sich immer weiter verschärft und wohl am schändlichsten im Gazastreifen zu sehen ist.

Von dort hatte sich die israelische Besatzungsarmee 2005 zurückgezogen. Bei den Wahlen 2006 zum Palästinensischen gesetzgebenden Rat (Parlament) siegte die Hamas mit überwältigender Mehrheit.

Israel verhängte umgehend Sanktionen gegen die palästinensische Autonomiebehörde und zusätzlich gegen die Hamas. Das Nahost-Quartett bestehend aus UNO, EU, USA und Russland, das zwischen Israel und Palästina vermitteln sollte, forderte – mit Israel –

Foto: Bethlehem 2009 (rechts im Bild), Quelle: Paolo Cutitta



von der neuen Hamas-geführten Autonomiebehörde Bedingungen einzuhalten, wenn sie weiter unterstützt werden wollten: Sie sollten Israel anerkennen, der Gewalt abschwören und die Oslo-Verträge einhalten.

Die Hamas lehnte das ab, Israel verhängte Sanktionen und installierte 2007 zu Land, in der Luft und zu Wasser eine komplette Blockade gegen den Gazastreifen. Beobachter warnen, dass aus dem Gazastreifen ein „Open Air Gefängnis“ werden würde.

Keine Sicherheit, keine Zukunft

Für Palästinenser ist der Alltag nie sicher. Täglich gibt es Festnahmen und Tote, täglich gibt es Hauszerstörungen. Täglich werden sie an den zahllosen militärischen Kontrollpunkten erniedrigt, täglich wird ihnen klargemacht, dass es für sie weder Bewegungsfreiheit noch Sicherheit gibt.

Auch jüdische Israelis haben Angst. Viele verachten und hassen die Palästinenser. Ein Beispiel ist der jährliche „Flaggentag“ im Mai, wenn vorwiegend junge Israelis mit einem Meer israelischer Fahnen durch die Altstadt von Ostjerusalem laufen und fordern, dass die Palästinenser verschwinden sollen. Die rassistischen Beleidigungen und Beschimpfungen, die sie ihnen entgegenschleudern, gipfeln in Rufen wie „Tod den Arabern“. Kein israelischer Politiker, kein israelischer Soldat oder Polizist schreitet ein. In europäischen Medien wird über diese Provokationen kaum berichtet.

Fragt man die Menschen im Nahen und Mittleren Osten, was für sie Europa, die EU bedeutet, denken sie zuerst an die Zukunft, die sie und ihre Kinder in der EU haben könnten. Sie denken, dort sei man reich, habe Arbeit, eine gute Wohnung mit Strom und fließend Wasser. Die Schulen seien gut, die Menschen tolerant, dort könne man ein gutes Leben leben. Über die Rolle der EU in ihren Ländern sagen sie: „Die EU macht, was die USA ihr sagen“. Eine eigene Politik habe die EU nicht.

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens ist bis heute von Konflikten, Krisen, Kriegen, von Armut und Gewalt geprägt. Die Zahl der Flüchtlinge und Inlandsvertriebenen wächst. Millionen

Menschen – Palästinenser, Iraker, Syrer – leben in Lagern und sind auf Hilfspakete angewiesen.

In den ursprünglichen „Zielländern“ für die EU-Nachbarschaftspolitik im Nahen und Mittleren Osten hat man verstanden, dass es nicht um Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, um Wohlstand, Sicherheit und Partnerschaft geht, sondern um Interessen und Einflussnahme. Dialog und Partnerschaft stellten sich als Worthülsen heraus. Was bleibt, ist der Griff nach den Ressourcen.

Der Griff nach den Ressourcen

Die Gasvorkommen im Mittelmeer – die seit mehr als zehn Jahren darauf warten, gefördert zu werden – sollen nun zügig an die Oberfläche befördert werden, um Europa zu versorgen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verhandelte innerhalb von nur zwei Tagen eine Absichtserklärung mit Israel und Ägypten, um israelisches Gas, verflüssigt in einer ägyptischen Anlage, so schnell wie möglich nach Europa zu schicken.

Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck war ebenfalls in Israel, um Gas für Deutschland zu sichern. Ihm auf den Fersen folgte der österreichische Kanzler Karl Nehammer, der auch Gas aus dem Mittelmeer für Österreich sichern will. Partner dieser Initiativen ist jeweils Israel, der „unfreundliche Nachbar“, der von der EU und den USA unterstützt wird, während das Land die wirtschaftliche Entwicklung anderer Staaten behindert.

Beispiel ist der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon um die Markierung der seeseitigen Grenze. In dem Gebiet im östlichen Mittelmeer befinden sich wichtige Gasfelder, die von beiden Ländern beansprucht werden. Anstatt sie zu teilen beansprucht Israel den kompletten Zugang.

Verhandlungen unter Leitung der USA bringen keine Ergebnisse. Internationale Unternehmen, mit denen Libanon bereits 2019 Verträge für die Erschließung und Förderung des Gases unterzeichnet hat, dürfen nicht mit der Arbeit beginnen, solange die Grenzziehung nicht geregelt ist. Israel dagegen hat bereits Teile des umstrittenen Gasfeldes Al Karish erschlossen und will

mit der Förderung im September beginnen.

Der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, machte kürzlich klar, dass die libanesischen Regierung im Interesse des Landes die Grenze festlegen müsse. „Wenn Libanon kein Gas fördern darf, wird auch Israel kein Gas fördern“, drohte Nasrallah. Der militärische Arm der Hisbollah sei dazu bereit.

Die USA und Europa bräuchten Öl und Gas, das sei für alle Länder in der Region, die über diese Ressourcen verfügten, eine Gelegenheit. Wenn Libanon endlich sein eigenes Gas fördern könne, werde es dem Land besser helfen, als jeder Kredit des Internationalen Währungsfonds, mit dem man sich nur noch weiter verschulde.

Verweigerung der Ressourcen

Hintergrund ist eine massive Wirtschaftskrise im Libanon, wo es täglich oft nicht mehr als zwei Stunden Strom gibt. Öl-, Gas- und Stromlieferungen aus Ägypten, Syrien und Jordanien wurden gestoppt. Die syrischen Ölressourcen im Nordosten des Landes sind von US-Soldaten besetzt, so dass Syrien nicht über die eigenen Ressourcen verfügen kann. Die EU-Nachbarschaftspolitik mit den Ländern im Nahen und Mittleren Osten ist gescheitert. Die EU und mit ihr die europäischen Länder haben an Glaubwürdigkeit verloren.

Der Blick nach Osten

Immer mehr Länder der Region und vor allem auch die Jugend wenden sich nach Osten. Russland und China gelten heute als zuverlässigere Verbündete als westliche Staaten oder die USA. Eine jährliche Umfrage unter Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren in 17 arabischen Ländern fragte auch danach, welchem Land sie als außenpolitischem Verbündeten am meisten vertrauen. Hinter Ägypten (85%), den Vereinigten Arabischen Emiraten (83%) und Saudi-Arabien (80%) lag China mit 79% auf Platz vier und Russland mit 72% auf Platz fünf. Frankreich und Großbritannien lagen auf den Plätzen sechs bzw. acht. Die USA landeten mit 57% auf Platz neun.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung aus: Globalbridge.ch

Westliche Zwangsmaßnahmen – Eine Zwischenbilanz

von Joachim Guiliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg



aus einem Flyer von Netzwerk Cuba

Neue Variante mittelalterlicher Belagerungen

Es gibt auf internationaler Ebene viele verschiedene Arten von Zwangsmaßnahmen von Staaten gegen andere Staaten bzw. Personen, Einrichtungen, Firmen etc. anderer Staaten. .

Häufig werden die von westlichen Staaten verhängten „Sanktionen“ damit begründet, Menschenrechte in den betroffenen Ländern zu verteidigen oder durchzusetzen oder, wie im Fall des russischen Einmarsch in die Ukraine, Völkerrechtsverstöße ahnden zu wollen. Tatsächlich verstoßen eigenmächtige Zwangsmaßnahmen jedoch selbst auf mehrfache Weise gegen internationales Recht und Menschenrechte – auch die aktuellen gegen Russland.

Da sie per se nur von dominierenden Mächten oder Bündnissen verhängt werden können, ist ihr Einsatz auch entsprechend selektiv. Sie werden tatsächlich auch fast ausschließlich von den USA und ihren Verbündeten verhängt. Solche Mächte können gleichzeitig sicher sein, dass sie selbst bei schlimmsten Verbrechen, wie den Kriegen gegen Jugoslawien, Irak oder Libyen, nicht selbst Ziel solcher Maßnahmen werden können.

Sie fördern keineswegs die „Stärke des Rechts“, wie u.a. führende Grüne hierzulande gerne ins Feld führen, sondern setzen das „Recht des Stärkeren“ durch und sind daher unabhängig davon wie gerechtfertigt die vorgebrachten Gründe dafür in manchen Fällen erscheinen mögen – letztlich Akte der Willkür.

Die USA haben mittlerweile – allein oder zusammen mit den EU-Staaten – gegen rund 40 Länder solche eigenmächtige Maßnahmen verhängt. Einige, wie die Wirtschaftsblockaden gegen Kuba, Iran, Venezuela, Nord Korea und Russland sind allgemein bekannt. Die verheerenden Folgen der Blockaden gegen bereits völlig verarmte Länder wie Nicaragua, Mali, Simbabwe oder Laos hat jedoch kaum jemand auf dem Schirm.

Natürlich wird von westlicher Seite stets beteuert, dass ihre Maßnahmen sich allein gegen die jeweilige Regierung richten würden. Doch selbst wenn dies tatsächlich der Fall wäre, liegt es auf der Hand, dass sie, sobald sie Handel und Finanztransaktionen wirksam einschränken, die stets in erster Linie die Bevölkerung treffen, vor allem deren ärmeren, verletzlichsten Teile.

Dies ist keineswegs ein unerwünschter Nebeneffekt, sondern gehört – entgegen allen Beteuerungen – zum Kalkül. Soll auf diese Weise doch öffentlicher Druck auf die Regierung aufgebaut werden, den Forderungen der blockierenden Mächte nachzugeben.

Häufigste Form moderner Kriegsführung

Wirtschaftsblockaden sind daher eine Form der Erpressung, mit der die Regierungen der betroffenen Länder zur Unterordnung unter die Politik der westlichen Mächte gezwungen werden sollen. In vielen Fällen, wie z.B. bei Kuba, Syrien, Iran oder Venezuela werden mit ihnen auch offen „Regime Changes“ angestrebt, indem versucht wird, die Bevölkerung durch eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen zum Aufstand zu nötigen. Alle Bürger der betroffenen Länder werden so als Geiseln genommen.

Mittlerweile ist diese heimtückische Form moderner Kriegsführung auch die am häufigsten angewandte. Da sie unblutig daher kommt, ist es leichter dafür öffentliche Unterstützung zu finden. Ansonsten können diese auch

weitgehend unangefochten eingesetzt werden, d.h. ohne größere Aufmerksamkeit zu wecken.

Sie wird im politischen Westen flankiert von einer Ideologie, die die westlichen „Werte“ und Regeln als Maß für jede Gesellschaft setzt und die die Staaten der Welt in Gut und Böse einteilt. Das Völkerrecht soll durch eine „regelbasierte Ordnung“ ersetzt werden, durchgesetzt durch ein immer ausgedehnteres Sanktionssystem.

Wie stark hier der Konsens im außenpolitischen Establishment ist, zeigt z.B. das diesjährige „Friedensgutachten“. Hiermit geben die „führenden Institute zur Friedensforschung“ nicht nur der Bundesregierung Rückendeckung u.a. für Waffenlieferungen an die Ukraine und den Wirtschaftskrieg gegen Russland. Sie widmen auch den „Sanktionen als Mittel wertebasierter Außenpolitik“ ein ganzes Kapitel.

Der „stille Tod“

Kritik wegen den schädlichen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen wird mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass humanitäre Güter wie Nahrung und Medizin doch von den Blockaden ausgenommen seien. Das ist zwar formal richtig, in der Sache aber eine bewusste Irreführung. Tatsächlich sind Versorgungsengpässe bei umfassenden Blockaden vorprogrammiert.

Handelsblockaden behindern jeglichen Import und verteuern ihn. Gleichzeitig verlieren die Länder durch Wegfall ihrer Exporte auch die zum Einkauf nötigen Devisen. Wenn betroffene Länder zusätzlich auch vom internationalen Zahlungsverkehr und Kreditwesen ausgeschlossen werden, können sie nicht auf üblicher Weise bezahlen.

All dies und die Sorge unversehens gegen eine unbekannt Bestimmung im undurchsichtigen Geflecht der Embargoregeln zu verstoßen, lassen Lieferanten abspringen oder drastische Preisaufschläge fordern.

Durch die gängige Blockade von sogenannten „Dual Use“-Gütern wird zusätzlich noch die Eigenproduktion von Maschinen, Ersatzteilen bis hin zu

Pflanzendünger und Medikamenten stark beeinträchtigt.

Lang andauernde Wirtschaftskriege können daher mehr Opfer fordern als militärische. So kostete das umfassende Embargo gegen den Irak von 1990 bis 2003 mehr als einer Million IrakerInnen das Leben, darunter ca. 500.000 Kindern. Wie die berüchtigte bejahende Antwort der damaligen Außenministerin der USA, Madeleine Albright, auf die Frage, ob die toten Kinder „den Preis wert waren“, belegt, sind Todesopfer offenbar durchaus einkalkuliert.

Auch wenn die aktuellen Handels- und Finanzblockaden gegen Länder wie Syrien, Venezuela oder Kuba bisher noch nicht so verheerend wirken wie das Irakembargo, so töten ohne Zweifel auch sie. So forderten die US- und EU-Sanktionen gegen Venezuela nach Schätzungen des Washingtoner Forschungsinstituts Centre for Economic and Policy Research (CEPR) bereits zwischen 2017 und 2018 ca. 40.000 Menschenleben.[1]

Die Situation hat sich dem jüngsten Bericht der aktuellen UN-Sonderberichterstatterin über negative Folgen eigenmächtiger Zwangsmaßnahmen, Alena Douhan, noch verschlechtert. Die vielfältigen Embargomaßnahmen gegen das Land würden die bereits bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen verschärfen und hätten verheerende Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung.

So steige die Sterblichkeitsrate bei Frauen und Neugeborenen immer weiter an, da viele Krankenhäuser aufgrund der Embargomaßnahmen die Versorgung von Müttern und ihren Babys nicht aufrechterhalten können.[2]

Selbst in einem Land wie dem Iran, der die Lage noch recht gut im Griff hat, führten die unter Trump wieder verschärften Blockademaßnahmen zu massiven Versorgungsengpässen. So können mangels der dafür notwendigen spezifischen, teuren Medikamente diverse lebensrettende Therapien nicht weiter durchgeführt werden.

Für viele Krebspatienten beispielsweise sind daher, wie die renommierte US-Zeitschrift Foreign Policy schon 2019 berichtete, die „Iransanktionen

tödlich“. [3]

Kuba, das seit fast 60 Jahren mit einer Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA konfrontiert ist, hat immer wieder mit Versorgungsengpässen zu kämpfen. Das kubanische Gesellschaftssystem sorgt zwar dafür, dass niemand hungert, das Land wird aber durch das Embargo massiv in seiner Entwicklung gehemmt, insbesondere da sich aufgrund der Androhung „extraterritorialer Sanktionen“ auch Unternehmen aus der EU und anderen Staaten der Blockadepolitik unterwerfen.

Wirtschaftssanktionen oder besser Wirtschaftsblockaden sind somit alles andere als zivile gewaltfreie Alternativen zu militärischen Interventionen und sind schon aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen genauso abzulehnen wie militärische Gewalt.

Hinzu kommt, dass die Gründe für die Zwangsmaßnahmen meist mehr als zweifelhaft sind und zumindest von Doppelmoral nur so strotzen. Die von den USA und ihren Verbündeten verhängten Blockaden werden offensichtlich vorwiegend zur Verfolgung eigener Interessen verhängt – ausnahmslos gegen Länder, die als Gegner oder Rivalen angesehen werden oder ihren wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen im Wege stehen und gegen Regierungen, die sich nicht den westlichen Regeln unterwerfen wollen.

Der Anschein, dass hierin die wahren Gründe liegen, wird nicht zuletzt dadurch genährt, dass viele andere Staaten, wie z.B. die Türkei oder Saudi Arabien, trotz ihrer Kriege und Menschenrechtsverletzungen, nicht mit Embargos belegt werden, sondern enge Verbündete bleiben.

Neue Blockbildung

Der russische Krieg und mehr noch die Reaktion des Westens darauf hat auch erhebliche Auswirkungen außerhalb Europas und bringt erhebliche Bewegung in die internationalen Beziehungen.

Manche sprechen von der größten Neuaufteilung der Welt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Auf der einen Seite brachte der russische Einmarsch die einheitliche Front

des Westens gegen Russland, die Washington seit langem anstrebt. Auch formal neutrale europäische Länder, wie die Schweiz und Österreich beteiligen sich an den Wirtschaftsblockaden. Die Regierungen Finnlands und Schwedens nutzen die Hysterie, um auch formal Mitglied der NATO zu werden.

Die außenpolitische Isolierung Russlands ist jedoch krachend gescheitert. Eine klare Mehrheit aller Staaten verurteilte zwar den russischen Einmarsch in der UN-Vollversammlung, sieht diesen Krieg jedoch nur als einen weiteren, neben den vielen, die vom Westen oder mit dessen Unterstützung geführt werden. In seinem aggressiven Vorgehen gegen Russland ist der Westen weitgehend isoliert. Außer den USA, Kanada, Japan und den 27 EU-Staaten beteiligen sich nur noch sechs weitere Länder an den Wirtschaftsblockaden.[4]

Stattdessen kristallisiert sich eine neue Blockbildung heraus. Die vom Westen zum Feind erklärten Länder, wie Russland, China, Iran, Kuba und Venezuela rücken enger zusammen und parallel dazu entsteht ein weiterer bedeutender Block von Staaten – von Indien über die Golfstaaten und Südafrika bis Brasilien und Mexiko – die dem Westen die Gefolgschaft verweigern.

Diese Länder kritisieren mit Verweis auf die US- und NATO-Kriege die westliche Doppelmoral, prangern den Missbrauch des internationalen Finanzsystems durch die USA zur Erpressung anderer Staaten an. Damit einher geht das größte Interesse daran, ihre Abhängigkeit davon und vom US-Dollar zu verringern – naheliegender Weise gemeinsam mit China und Russland.

Ungeachtet der großen zwischenstaatlichen Differenzen sind sie sich darin einig, dass die seit Jahrhunderten währende westliche Dominanz endlich enden und durch eine multipolare Weltordnung ersetzt werden muss.

Auszüge aus dem Manuskript eines Vortrags im Rahmen der Friedenswerkstatt „Stopp Ramstein 2022“, online auf jg-nachgetragen.blog

Sahel-Zone: Westliche Militärpräsenz statt Frieden und Sicherheit

von Dr. Martina Fischer, Politikwissenschaftlerin und Referentin bei Brot für die Welt, Berlin

Nach dem Abzug aus Afghanistan ist die Bundeswehr in einer weiteren gefährlichen Region im Einsatz: In Mali beteiligen sich etwa 900 SoldatInnen an der VN-Mission MINUSMA und 450 an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM, die im benachbarten Niger mit der „Joint Special Operations Task Force Gazelle“ eine Entsprechung hat.

Trotz jahrelanger Präsenz französischer, deutscher und sonstiger militärischer Einheiten hat sich die Sicherheitslage jedoch dramatisch verschlechtert. In Mali verüben extremistische Gruppen Angriffe auf die Zivilbevölkerung, malische Sicherheitskräfte und VN-Personal, und das Zentrum des Landes ist von ethnopolitischen Kämpfen durchzogen. 2021 gab es rund 1.900 Konflikttote zu beklagen, darunter mehr als 560 zivile Opfer.

Der Regionaldirektor der Organisation Oxfam, Assalama Dawalack Sidi sprach vom Scheitern der französischen und europäischen Streitkräfte: Nach fast zehn Jahren sei die zentrale Sahelregion weiterhin von Gewalt geprägt, mehr als 2,1 Millionen Menschen hätten ihre Heimat verlassen und 13 Millionen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die explosive Sicherheitslage trifft auf eine desolate Wirtschaft. Für junge Menschen ist es nahezu unmöglich, in Mali reguläre Arbeit zu finden. 2021 waren mehr als 70 Prozent der Bevölkerung im informellen Sektor tätig. In anderen Sahelländern sieht es ähnlich aus. Die Klimakrise, das Bevölkerungswachstum, aber auch die Folgen der COVID-19-Pandemie verschärfen die Beschäftigungskrise und auch die Ungleichheit. Die humanitäre Lage wird im Zuge des Kriegs in der Ukraine noch durch eine Verknappung von Nahrungsmitteln verschärft.

Allein in Mali stieg UN-Berichten zufolge die Zahl der Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, seit 2021 von 5,9 auf 7,5 Millionen. Viele MalierInnen machen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich für die Misere verantwortlich und nehmen die Präsenz ausländischer Streitkräfte zu-

nehmend als externe Besatzung wahr. Insofern fällt es schwer, Erfolge zu identifizieren. Wenn sich das Engagement in Mali nicht als Fehlschlag erweisen soll, muss deutsche und europäische Politik in umfassender Weise umsteuern.

Bundestag für Beteiligung am MINUSMA und EUTM

Nachdem die EU aufgrund der aktuellen politischen Situation und der fortgesetzten Kooperation der malischen Regierung mit russischen Söldnern die militärischen Ausbildungsaktivitäten (EUTM) im April „temporär, graduell und reversibel“ ausgesetzt hat, beschlossen die deutsche Regierung und der Bundestag im Mai 2022, das Bundeswehr-Kontingent auf 300 Personen zu verringern und von Mali nach Niger zu verlagern.

Für die UN-Mission MINUSMA soll die Obergrenze von bisher 1100 auf 1400 deutsche SoldatInnen angehoben werden, um bislang von Frankreich übernommene militärische Fähigkeiten auszugleichen.

Widersprüche deutscher und europäischer Sahelpolitik

In Mali haben sich die externen Akteure, anders als in Afghanistan, auf Einladung der Regierung eingemischt. Frankreich entsandte vor allem Kampftruppen zum Einsatz gegen gewaltbereite Extremisten (Mission „Barkhane“), unterstützt von der Mission „Takuba“, an der sich weitere europäische Staaten beteiligten.

Mit demselben Ziel finanzierten die EU-Mitgliedstaaten eine Eingreiftruppe der Sahel-Staaten Mali, Mauretanien, Niger, Tschad und Burkina Faso (G-5 Sahel Joint Forces). Die VN-Mission MINUSMA überwachte den Waffenstillstand und unterstützte bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2015, beim Ausbau des Sicherheitssektors und durch humanitäre Hilfe. Daneben konzentrierten sich diverse EU-Missionen auf die Ausbildung von Armeen und Sicherheitskräften (EUTM und EUCAP in Mali und Niger). Allerdings wurde die Regierung in Mali von

dem mit EU-Mitteln ertüchtigten Militär weggeputscht.

Die neue, überwiegend aus Militärs gebildete Führung verschob wiederholt demokratische Wahlen und legte erst kürzlich einen Zwei-Jahresplan für die Übergabe der Macht an eine zivile Regierung vor. Zudem kooperiert sie zunehmend mit russischen Söldnern im Kampf gegen islamistische Gewaltakteure. Ende März soll es bei einer gemeinsamen Militäroperation zu einem Massaker an Zivilisten mit mehr als 300 Toten gekommen sein. Aber auch in den Vorjahren verübte das malische Militär Gewaltverbrechen an ZivilistInnen. Zudem berichtet Amnesty International über zunehmende Polizeigewalt. (...)

Akzeptanzverlust westlicher Militärpräsenz

Dennoch scheint der überwiegende Teil der malischen Bevölkerung die Übergangsregierung bislang zu unterstützen. Deren Politik wird vielfach als adäquate Antwort auf die „Einmischung“ des Westens und der Westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS gewertet, die nach dem Putsch massive Finanz- und Wirtschaftssanktionen verhängte. Die blockieren nicht nur den Außenhandel, sondern auch Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland, auf die viele Menschen angewiesen sind.

Massenproteste und eine Bewegung zur Unterstützung der Militärjunta waren die Folge. In sozialen Netzwerken wird Kritik am Regierungskurs als „unpatriotisch“ diffamiert. Hetz-Videos aus russischer Produktion und von malischen Internetnutzern sind verbreitet. Ein neues Gesetz soll Kritik an den Sicherheitskräften verbieten. Die kooperieren seit Jahrzehnten nicht nur mit EU-Staaten, sondern auch mit Russland.

Diese Allianz nimmt nun mit der sogenannten "Gruppe Wagner" eine neue Dimension an. Diese vom russischen Oligarchen Prigoschin finanzierte Einheit agiert in Geheimdienstmanier, bedient sich kämpfender Milizen, und zu ihrem Repertoire gehören

neben Waffentransfer auch Sabotage, Cyberangriffe und mediale Einflussnahme. Propaganda aus russischen Quellen wird von malischen Influencern unterstützt und richtet sich vor allem gegen die von Frankreich geführten Militäroperationen.

Allerdings kann man die Verantwortung für den Akzeptanzverlust nicht einfach nur der Militärregierung und ihren russischen Unterstützern zuschieben. Die entscheidende Ursache liegt in einer verfehlten Politik Frankreichs und weiterer EU-Staaten, die „Sicherheit“ in erster Linie militärisch definiert haben. (...)

Erwartungen der Zivilgesellschaft aus dem Sahel

Partner von Brot für die Welt kritisieren seit Jahren die eurozentrischen und wenig friedensfördernden europäischen Diskurse (z. B. bei der Tagung „Der Preis der Sicherheit“, 3.12.2018, bei einer Veranstaltung von Fokus-Sahel 2019, sowie bei digitalen Fachgesprächen der AG Frieden und Entwicklung im Frühjahr 2021). Sie weisen darauf hin, dass Migration zur kulturellen Identität in Afrika gehört und der Anpassung an wirtschaftliche Bedingungen geschuldet ist. Die Vorverlagerung der EU-Grenzen sehen sie als Beitrag zur Militarisierung und Unsicherheit im Sahel. Statt auf Migrationsabwehr zu setzen, müsse man die Triebkräfte für erzwungene Migration - Gewalt und Klimafolgen - angehen, jungen Menschen wirtschaftliche Perspektiven geben und den Blick auf strukturelle Ursachen von Gewaltkonflikten richten: ethnopolitische Diskriminierung, Konflikte zwischen Ackerbauern und Nomaden, die durch Ressourcenknappheit und Klimakrisen zusätzlich verschärft werden, den Mangel an Demokratie und politischer Teilhabe. Sie weisen darauf hin, dass die Region vom Drogentransfer (aus Lateinamerika Richtung EU) durchzogen ist, und dass dort diverse internationale Akteure um Einfluss und Ressourcen konkurrieren. Die bisherigen europäischen Sicherheitsstrategien würden die Gesamtsituation zu wenig berücksichtigen und seien nicht geeignet, die Konflikte in der Sahel-Region zu befrieden. Sicherheit umfasst nach ihrem Verständnis neben der Abwesenheit

von Gewalt auch den Zugang zu Nahrung, Wasser, Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung, also „menschliche Sicherheit.“

Dieses im UN-Kontext entwickelte Konzept stellt das Recht von Individuen sowie deren Schutz vor Gewalt, Naturkatastrophen und Zerstörung von Lebensgrundlagen in den Vordergrund und verknüpft das mit „menschlicher Entwicklung“. Die internationalen Akteure konzentrierten sich stattdessen auf ihre eigenen Sicherheitsinteressen. In Mali hätten sie zudem zu stark auf die Zentralregierung gesetzt. Sie sollten lokale Einflusspersonen, z.B. Repräsentanten von Glaubensgemeinschaften und Dorfälteste, einbinden, dezentrale lokale Verwaltung stärken und die Kompetenzen der Zivilgesellschaft nutzen. 2020 formierte sich in Mali eine Bürgerkoalition mit der Forderung nach einer neuen europäischen Sahelpolitik. Sie forderten den Schutz von ZivilistInnen und ein Ende der Straflosigkeit. Als die französische Regierung 2021 ankündigte, die militärischen Einsätze „Barkhane“ und „Takouba“ zu beenden, gab es weitere Aufrufe von NGOs für eine neue Politik der EU, die stärker auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht, Dialogräume schafft, auf transparente Regierungsführung drängt und die Versorgung der Bevölkerung mit Hilfsgütern und grundlegenden Dienstleistungen zur Priorität macht. (...)

Entwicklungszusammenarbeit vom Migrationsthema befreien

Bei ihrem Besuch in Mali und Niger im April 2022 versprach Außenministerin Annalena Baerbock, dass Europa auch angesichts des furchtbaren Kriegs in der Ukraine die Krisen in anderen Teilen der Welt nicht vergessen würde. Angesichts drohender Lieferengpässe für Nahrungsmittel will sie sich dafür einsetzen, dass die G-7-Staa-



ten (die stärksten Industrienationen, deren Vorsitz Deutschland zur Zeit innehat) einer Ernährungskrise gemeinsam entgegenwirken.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung aber vor allem dem Welternährungsrat der VN den Rücken stärken. Humanitäre Hilfe ist jetzt wichtiger denn je. Um die Akzeptanz europäischer Politik in der Sahelregion zu steigern, wäre aber darüber hinaus eine glaubwürdige Entwicklungszusammenarbeit erforderlich, die vom Migrationsthema befreit werden muss. Man sollte endlich anerkennen, dass Wanderung für den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch in Afrika unerlässlich ist und auch positive Wirkung entfalten kann. Statt Diktatoren und instabile Regierungen mit Militärhilfe dafür zu belohnen, dass sie MigrantInnen aufhalten, sollte man sichere Wege und mehr legale Möglichkeiten für Einwanderung schaffen. Damit verbundene Herausforderungen müssen im Einklang mit dem UN-Migrationspakt gelöst werden. Und letztlich muss man die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Sahel-Region und mit Afrika insgesamt so reformieren, dass sie Menschen Aussicht auf Beschäftigung und ein Leben mit Entwicklungsperspektiven ermöglichen. Last but not least braucht es dafür auch eine effektive Politik zur Eindämmung der Erderwärmung und zur Bewältigung der Klimakrisenfolgen.

Dieser Text gibt Auszüge aus einem Blogbeitrag wieder, der am 20.5.2022 bei Brot für die Welt veröffentlicht wurde.

Von der Kolonialherrschaft in den kapitalistischen Weltmarkt

von Renate Dillmann, Journalistin



Foto: Brot für die Welt (Saatgut)

Auszug aus einem Beitrag, der am 14.7.2022 in der Tageszeitung „junge Welt“ unter dem Titel „Regelbasiert hungern“ erschien.

Auf dem kapitalistischen Weltmarkt haben die Ökonomien der Länder der »Dritten Welt« keine Chance

Denkt man an die Ideologien, mit denen die Marktwirtschaft stets legitimiert wird, müsste man angesichts der anhaltend katastrophalen Hungerstatistiken zumindest irritiert sein: Marktwirtschaft soll ja nach Aussage ihrer Befürworter die »effektivste und innovativste Versorgung« zustandebringen, die die Menschheitsgeschichte je gekannt hat – während die sozialistische Planwirtschaft demgegenüber stets als »Mangelwirtschaft« verächtlich gemacht wurde und wird.

Und sind die Länder der sogenannten Dritten Welt, die sich notorisch in diesen Statistiken wiederfinden, nicht inzwischen souveräne Staaten, die als unabhängige Akteure am Weltmarktgeschehen teilnehmen? Die also nicht mehr – wie noch zu Kolonialzeiten zugunsten der kolonialen Mutterländer – ausgeplündert werden, sondern zum eigenen Vorteil produzieren und verkaufen?

Warum ändert sich an der miserablen Situation großer Teile der Bevölkerung in diesen Ländern so wenig? Dass deren Situation eher schlimmer als besser wird, zeigt die große und stetig zunehmende Zahl der Flüchtenden, von denen mehr und mehr ihre Heimat verlassen müssen, weil die Bedingungen für eine halbwegs aus-

kömmliche ökonomischen Existenz immer schlechter werden.

Die erste Antwort ist ganz grundsätzlich und heißt: Die Menschen in den Ländern der Dritten Welt haben nichts zu essen, weil sie es sich in einer Welt des Eigentums schlicht nicht kaufen können –, und sei es auch nur das tägliche Brot. Das ist nämlich die erste und elementarste Regel unserer »regelbasierten Weltordnung«:

Für alles muss bezahlt werden, und wer nichts im Portemonnaie hat, weil er nichts zu verkaufen hat und/oder niemand etwas mit seiner Arbeitskraft anfangen will, der scheitert daran eben auch sehr elementar – und (ver)hungert. Der Einbezug der ehemaligen Kolonialländer in den Weltmarkt hat eben diese harte Konsequenz!

Das führt zu einer nächsten Frage: Warum sehen die Ökonomien dieser Länder – zumindest weitgehend, es gibt ja auch welche, die Öl zu verkaufen haben und damit anders gestellt sind – so aus, dass sie bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht die »Entwicklung« genommen haben, die ihnen für die Zeit nach der Entkolonialisierung versprochen wurde?

Die Kolonialländer wurden ganz auf die Interessen der Kolonialmächte zugerichtet. Der Einsatz und die Ausbeutung von Arbeitskräften und Bodenschätzen wie überhaupt die Ausrichtung des wirtschaftlichen Lebens orientierte sich nicht an der Entwicklung von Land und Leuten, sondern hatte den Charakter ökonomischer Ausplünderung.

Soweit Infrastruktur entwickelt wurde, zielte sie meist schlicht auf den Abtransport von Gütern bzw. diente dem Zweck der Herrschaftssicherung. Mit der Einrichtung von Plantagen für Erzeugnisse, die sich in den kolonialen Mutterländern verkaufen ließen (Kaffee, Kakao, Baumwolle, Tee), begann die Zerstörung der (Subsistenz-)Produktion in diesen Ländern, insbesondere der Nahrungsmittelproduktion.

Die Herstellung der neuen, »souveränen« Nationen ab den 1950er Jahren vollzog sich auf Basis der territorialen Grenzen der ehemaligen Kolonien, ausgehandelt zwischen den Kolonialmächten und in den meisten Fällen ohne Rücksicht auf vormals bestehende Siedlungsräume und ethnische Bedingungen. Ökonomisch sollten sich die frisch in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten in den Weltmarkt integrieren.

Ausnahmen grundsätzlicher Natur – es gab eine Reihe von Staaten, die sich sozialistisch definierten – oder nationale Sonderwege, bei denen relevante Produktionszweige verstaatlicht wurden, sollten nicht zugelassen werden bzw. wurden militärisch oder geheimdienstlich bekämpft: Iran, Guatemala, Vietnam, Chile, Kuba, Libyen, Venezuela, Bolivien – die Liste westlicher Interventionen unter Führung der USA ist lang und setzt sich bis in die Gegenwart fort.

Für eine eigenständige Entwicklung hat die Kolonialherrschaft den Staaten der Dritten Welt äußerst nachteilige Bedingungen hinterlassen. Für die allermeisten von ihnen stand ein unabhängiges ökonomisches Entwicklungsprogramm aber ohnehin nicht zur Debatte, die einzige Option der neuen Regierungen hieß: Integration in den Weltmarkt. Das bestimmte das zukünftige Schicksal der ehemaligen Kolonialländer.

Die Integration in den Weltmarkt bedeutete: Verkaufen, was die eigene Wirtschaft zu bieten hat, und kaufen, was sie nicht produziert, was aber unbedingt gebraucht wird. Die Resultate: Die Sachgesetze des Weltmarkts führen **erstens** zu negativen Handelsbilanzen und ruinierten Währungen; **zweitens** zu massiver Staatsverschuldung und zur Aufgabe einer »nachholenden Entwicklung«; **drittens** zu failing states mit wachsender staatlicher Repression und/oder Bürgerkriegen.

Diese Entwicklung wird von den aktuellen Freihandelsabkommen, zu denen die EU die Länder zwingt, fortgeschrieben.

weitere Infos in der FJ-Online-Fassung

Chinas Wiederaufstieg im Kontext der Weltgeschichte

China und der Westen – Aufstiege und Abstiege, Wolfram Elsner, PapyRossa-Verlag, 272 Seiten, € 22,-

Wolfram Elsner hat mit „China und der Westen“ bereits sein drittes „China“-Buch publiziert. Der Untertitel „Aufstiege und Abstiege“ verweist indirekt darauf, dass es in diesem Buch nicht nur um China geht, sondern um historische und aktuelle Beispiele für Auf- und Abstiege von Großmächten. China war historisch als das „Reich der Mitte“ die erste globale Großmacht und das über einen Zeitraum von mehreren Tausend Jahren.

Im Inneren war China damals bereits gekennzeichnet durch multiethnische Strukturen aufgrund „einer einzigartigen Mischung von Sesshaftigkeit, auch mit staatlichen Strukturen, mit urbanen Räumen und sogar Großstädten, und nomadischen und halbnomadischen Kulturen.“ Der Autor bilanziert die historische Entwicklung auch als Erklärung dafür, dass „China nie ein Sklavenhalter- oder ein feudales Leibeigentumsystem wurde, wie in Europa in der Antike und im Mittelalter, insbesondere seit dem Römischen Reich und seiner späteren Fusion mit der katholischen Staatskirche.“

Diese Faktoren spielten aber bei dem Aufstieg Europas eine zentrale Rolle und mündeten in „religiösen Fundamentalismus, Rassismus und Kulturkrieg des europäisch-kolonialen Christentums der Neuzeit auf den eroberten Kontinenten, mit seiner schließlichen Reaktion im islamischen Fundamentalismus“.

Eine besondere Rolle spielte dabei auch das, was China in den letzten Jahrzehnten vorgeworfen wurde: „Wissensklaue“. Der Autor weist mit einer ausführlichen tabellarischen Aufstellung darauf hin, dass praktisch alle in Europa eingesetzten Erfindungen und technische Entwicklungen durchweg Jahrhunderte vorher bereits in China eingesetzt wurden.

Obwohl China bis zum 16. Jahrhundert die dominierende bzw. einzige Seemacht der Welt war, wurde damit von dem „Reich der Mitte“ zu keinem Zeitpunkt eine koloniale Politik verfolgt.

Der Abstieg Chinas war wahrschein-

lich mit ökologischen Problemen verbunden, die sich auf die Lebenssituation der Bevölkerung ausgewirkt hatten. Dadurch wurde die große Drachenflotte nicht mehr eingesetzt. Dieses erfolgte aber in selbigem Zeitraum, wo die Europäer daran gingen, mit ihren Schiffen auf weltweite Eroberungszüge zu gehen.

Interessant wäre an dieser Stelle gewesen, dass auch andere Hochkulturen der Geschichte – soweit dieses heute historisch rekonstruierbar ist – aufgrund klimatischer Veränderungen zugrunde gingen.

Eine Bewertung des Wiederaufstiegs Chinas wird von Wolfram Elsner im Kontext von zwei Auf- und Absteigern des 20. Jahrhunderts gesehen:

Erstens: Aufstieg und Untergang der Sowjetunion werden in kompakter Form dargestellt.

Zweitens: Bei Japan handelt es sich genau genommen zwar „nur“ um eine Stagnation seit den 90er Jahren durch die neoliberale Politik. Diese führt aber dazu, dass das in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zur Nr. 2 der Weltwirtschaft aufgestiegene Land einen schleichenden Bedeutungsverlust erleidet.

Für den schleichenden und sich inzwischen beschleunigenden Niedergang der USA im 21. Jahrhundert führt der Autor einen sicheren Indikator auf: Nach dem jahrezehntelangen „Brain Drain“ durch Abwerbung von qualifizierten Wissenschaftlern z.B. auch aus der früheren sowjetischen Elite, vollzieht sich derzeit eine umgekehrte Entwicklung. Diese ist vor allem durch die Rückwanderung von chinesischen Wissenschaftlern aus den USA ersichtlich.

Fazit: Das Buch leistet einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Debatte, bei der neben dem Umgang mit Russland zunehmend auch seitens der EU gegenüber China ein konfrontativer Umgang wegen dessen Großmachtambitionen angesagt ist. Bei den westlichen Narrativen, vor allem mit Menschenrechtsdebatten, wird die Historie Chinas mit den kulturellen, sozialen



und politischen Entwicklungen seit den ersten Hochkulturen der Menschheit bis in die letzten Jahrhunderte ausgeblendet.

Im Kontrast dazu steht die Entwicklung des westlichen Teils Europas und der USA. (Selbst-)Reflexionen im „Werte“-Westen vermisst man angesichts eskalierender, globaler Konflikte gegenüber China als „systemischen Gegner“. Die Kontinuität kultureller Entwicklungen in China mit seinen Alltagsphilosophien und Volksreligionen sowie einer ständig weiterentwickelten konfuzianischen Ethik ist eine ganz andere als die Tradition „einer imperialistischen Macht, die auf Unterwerfung, Ausplünderung und gegebenenfalls Vernichtung anderer Völker und Staaten“ ausgerichtet wäre.

Was in dem Buch fehlt, sind die Entwicklungen der letzten 10 Jahre mit den neuen globalen Bündnisconstellationen, wie z.B. BRICS, mit denen ja auch andere Aufstiegsländer wie Indien beleuchtet werden müssten. Zu hoffen ist diesbezüglich auf das vierte und letzte China-Buch, das von dem Autor im Vorwort bereits angekündigt ist und die aktuellen Entwicklungen seit 2010 thematisieren soll.

Karl-Heinz Peil

Nachruf auf Horst Trapp

von Karl-Heinz Peil – für die Redaktion des FriedensJournals



Am 20.7. ist Horst Trapp verstorben. Insbesondere für die Redaktion des FriedensJournals ist sein Tod ein schwerer Verlust. Das seit mehr als 20 Jahren in dieser Form bestehende und 6-mal jährlich erscheinende FriedensJournal gehört auch zu seinen Verdiensten.

Regelmäßige Publikationen für die Friedensbewegung waren für Horst immer ein wichtiges Anliegen.

So kann das von 1981 bis 1989 regelmäßig erschienene Abrüstungsinfo der Deutschen Friedensunion mit seiner redaktionellen Mitverantwortung als wesentliche Grundlage für das 2001 etablierte FriedensJournal angesehen werden. In der Redaktion gab es

von Anfang an keine Hierarchie im Sinne eines Chefredakteurs.

Horst verstand sich immer - wie auch in anderen politischen Zusammenhängen - als kompetenter Berater mit seinen langjährigen Erfahrungen. Seine Einflussnahme erfolgte immer zurückhaltend dezent, mit einem sicheren Gespür dafür, was aktuell zweckmäßig und richtig ist.

Horst stellte sich nie in den Vordergrund, weshalb es über die gesamte Zeit seiner redaktionellen Arbeit für das FriedensJournal nur wenige namentlich gekennzeichnete Beiträge von ihm gab, dafür aber immer seine unsichtbare Hand im Hintergrund.

Diskussionen innerhalb der Redaktion waren dadurch geprägt, dass Horst mir gegenüber meistens sehr zustimmend war, teilweise aber auch gezielt auf seiner Ansicht nach wichtige Änderungen im Detail hinwies.

Natürlich gab es auch vereinzelte Kontroversen über Artikelbeiträge. In allen Fällen verliefen die Diskussionen aber sehr konstruktiv und zielführend. Vor allem bei Vorschlägen zu Überschriften und Inhalten des FriedensJournal gibt es immer Unsicherheiten, wie sie in jeder Redaktion regelmäßig auftauchen: Ist dieser Einzelbeitrag mit bestimmten Inhalten so zweckmäßig und wünschenswert? Passt die gewählte Überschrift? Kann man in einem Autorenbeitrag Passagen kürzen?

Hierbei war auf Horsts Durchsicht vorliegender Beiträge absoluter Verlass. Seine Vorschläge und Kritikpunkte waren messerscharf und darauf gerichtet, Diskussionen effizient zu führen. Sein Standardsatz, der auch andere politische Diskussionen mit ihm prägte, lautete dann: "So machen wir das".

Jeder, der ihn kannte, wusste diese Art der geschickten Kommunikation zu schätzen. Er profilierte sich nie als Wortführer einer Diskussion, sondern beschränkte sich auf gezielte Einwürfe, die auch sein Stärke als guter Zuhörer ausmachten. Seine langjähri-

gen und vielfältigen Verdienste für die Friedensbewegung wurden bereits an anderer Stelle ausgiebig gewürdigt und können an dieser Stelle nur kurz zusammen gefasst werden.

Horsts politische Entwicklung erfolgte zunächst auf gewerkschaftlicher Ebene. Bereits in seiner Berufsausbildung zum Feinmechaniker wurde er Jugendvertreter. Nach seiner Ausbildung und der politisch verweigerten beruflichen Übernahme gelangte er als Jugendsekretär zur IG Metall.

Sein besonderes politisches Engagement galt in diesem Zeit dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands und der 1957 gegründeten Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Bereits bei dem ersten Hessischen Ostermarsch 1961 war er maßgebend mit dabei.

In der 1960 gegründeten Deutschen Friedensunion wirkte er bis 1989 in der Bundesgeschäftsführung. In diese Zeit fallen vor allem seine Rolle als Sprecher bei dem 1974 gegründeten Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit sowie 1980 als Initiator des Krefelder Appells.

1994 gehörte er zu den Mitbegründern des Bundesausschusses Friedensratschlag bzw. des bundesweiten Friedensratschlages, der bis zur Corona-Zwangspause auch mit seiner ständigen physischen Präsenz von ihm begleitet wurde.

Neben seiner friedenspolitischen Arbeit hatte die Sozialpolitik, vor allem im Rahmen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit für den DGB Frankfurt Rhein-Main bis vor seinem altersbedingten Rückzug vor einigen Jahren eine ebenso große Bedeutung.

Gesundheitliche Probleme seiner vor einem Jahr verstorbenen Ehefrau Wiebke und eigene gesundheitliche Probleme in den letzten Monaten erforderten mit seinen 87 Jahren einen weiteren Rückzug aus der aktiven politischen Teilhabe, zwar körperlich angeschlagen, aber geistig ohne Alterserscheinungen. Er fehlt uns jetzt.



Titelseite des früheren FriedensJournal, das in den 80er Jahren vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ) herausgegeben wurde. Horst Trapp war derjenige, der dort Ende 1974 die weiße Friedenstaube auf blauem Hintergrund (mit dem Zacken im Gefieder der Taube) als Logo festlegte.



Wie wir in Stuttgart über EUCOM und ECCU in den Ukraine-Krieg hineingezogen werden

Vom US-EUCOM (United States European Command) in Stuttgart-Vaihingen aus werden die in ganz Europa an ca. 500 Standorten stationierten US-Truppen mit über 110.000 SoldatInnen befehligt.

Das mögliche Einsatzgebiet schließt Russland sowie Teile des Nahen Ostens ein. Damit liegt in Stuttgart auch die Befehlsgewalt über die in Europa gegen Russland gerichteten US-Atomwaffen.

Der Oberkommandierende des US-EUCOM ist jeweils zugleich Oberbefehlshaber sämtlicher NATO-Streitkräfte in ganz Europa. Stuttgart beherbergt obendrein das US-AFRICOM in Möhringen, die logistische Zentrale für die US-Geheimdienst- und Spezialeinsätze in Afrika und bis in den Nahen und Mittleren Osten hinein, insbesondere für ihren verdeckten Drohnen-Krieg.

EUCOM Kontrollzentrum Ukraine (ECCU)

Bereits wenige Tage nach der russischen Invasion in der Ukraine am 24.2.2022 wurde im US-EUCOM eine rund um die Uhr besetzte Einsatzzentrale ECCU (Eucom Control Center Ukraine) mit einem Stab von 40-60 Personen installiert.

Laut dem US-Verteidigungsministerium wird von dort aus unter Beteiligung von 15 Staaten die rasche Bereitstellung von militärischer Unterstützung aller Art an die Frontlinien in der Ukraine koordiniert.

Das beinhaltet insbesondere den Transport von Waffen und den Einsatz der gesamten US-Militärhilfe. Zum Stab des ECCU gehören auch bis zu fünf ukrainische Militärs.

Die weitere Lieferung von Waffen an die Ukraine wird den Konflikt nur weiter anheizen, mit Tausenden insbesondere zivilen Opfern. Damit wird direkt vor unserer Haustüre der Ukraine-Krieg weiter eskaliert.

„Flexibler nuklearer Erstschlag“

Welche strategischen Ziele der ehemalige US- EUCOM-Commander und NATO-Oberbefehlshaber General Tod Wolters (Nachfolger General Christopher G. Cavoli) vertritt, bekannte er vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats im Februar 2020. Als er dort von der republikanischen US-Senatorin Debra Fischer zum Ersteininsatz von Atomwaffen befragt wurde, antwortete Wolters lächelnd: "Frau Senatorin, ich bin ein Befürworter des flexiblen Ersteinsetzes von Atomwaffen." ("I'm a fan of flexible (nuclear) first use"). Hiroshima und Nagasaki lassen Stuttgart grüßen.

„Begrenzter“ Atomkrieg in Europa?

Der „flexible“ nukleare Erstschlag gegen Russland würde vermutlich von Deutschland bzw. Europa aus erfolgen und soll, geht es nach den US-Strategen, auf Europa begrenzt sein. Stuttgart würde so zu einem potentiellen Angriffsziel. Zurückgreifen können die USA dabei u.a. auf die im Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz) gelagerten und jetzt modernisierten atomaren Sprengköpfe, die im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ von Bundeswehrpiloten ins Ziel geflogen werden sollen. Dafür kauft die Ampel-Regierung nun in den USA die neuen Tarnkappenbomber F 35.

Was bedeutet dies für uns?

Die permanente Ausdehnung der NATO nach Osten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 und die Verlagerung von immer weiteren Truppenverbänden und Raketenstellungen in Richtung Russlands Grenze und nicht zuletzt die Außerkraftsetzung des INF-Vertrags über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen durch die USA im August 2019 müssen auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Hinzu kommt die schon vor der russischen Invasion

geplante Stationierung von neuen Hyperschall-Waffen (Dark Eagle) durch die USA in Grafenwöhr. Damit würden sich dann die Vorwarnzeiten für Russland auf wenige Minuten verkürzen.(3)

Die Angst vor einem nuklearen Erstschlag ist mehr als berechtigt - nicht nur für die russische Seite, sondern auch für uns! Über die Folgen einer weiteren Eskalation gerade auch für Deutschland und insbesondere für Stuttgart sollte sich jede/jeder selbst klarwerden. Blinde und einseitige Emotionen helfen jedenfalls niemand.

Was müssen wir ganz aktuell fordern?

► Sofortiger Stopp aller NATO-Waffenlieferungen an die Ukraine

► Schließung der besonderen Einsatzzentrale Ukraine ECCU in Stuttgart-Vaihingen

► Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland; Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und Verpflichtung, dass von seinem Gebiet auch durch Dritte keinesfalls ein atomarer Erstschlag ausgeführt werden darf.

► Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine; bedingungslose Verhandlungen über eine international garantierte militärische Neutralität der Ukraine; über eine neue europäische Sicherheitsordnung und über eine Aufhebung all der uns selbst schädigenden Sanktionen zur „Ruinierung“ Russlands.

► Schließung von EUCOM und AFRICOM, sofortiger Abzug aller US-Truppen.

Unterstützen Sie Gruppen, Parteien und Initiativen, die für die Beendigung des Krieges, für nukleare Abrüstung, für Frieden und für internationale Zusammenarbeit eintreten! Wenden Sie sich an Ihre Abgeordneten und protestieren Sie in den Medien gegen die ständige Kriegstreiberi!

K. Lopau, Friedenstreff Bad Cannstatt



Friedensökologischer Appell

Die in viele massive Völkerrechtsbrüche seit dem Ende des Kalten Krieges verwickelten NATO-Staaten beantworten den Krieg Russlands gegen die Ukraine mit einem Wirtschaftskrieg aus vielen Einzelmaßnahmen wie Sanktionen, Embargos und Extrazöllen.

Ihr Bestreben, Russland zu ruinieren - so die Bundesaußenministerin Baerbock nach Kriegsausbruch - führt zu sozialen Verwerfungen in Europa und weltweit, die der Bevölkerung zusetzen.

Die Militarisierung der Politik geht zu Lasten der Sozialpolitik, des Umweltschutzes und generell der Daseinsvorsorge.

Die Reduktion von Öl- und Gaslieferungen aus Russland steigert unsere Abhängigkeit von kriegführenden und Menschenrechte verletzenden Staaten.

Sollte Nord Stream 1 versiegen, ist das von der US-Administration bekämpfte Nord Stream 2 betriebsbereit, durch das später auch grüner Wasserstoff fließen kann.

Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen in Ukraine kostet noch mehr Menschenleben und steigert das Risiko, das von den 15 Atomreaktoren in der Ukraine ausgeht.

Die gegenwärtigen Kriege bergen neben dem Leid, das sie verursachen, das Potential in sich, in einem nuklearen Inferno zu münden. Der einzige zu verantwortende Ausweg aus dieser Gefahrenlage ist der der Diplomatie.

Wir fordern von der Bundesregierung das Ende des Wirtschaftskrieges, der Hochrüstung und des Zustroms von immer mehr Waffen in Kriegsgebiete!

Text gekürzt, Langfassung siehe Link für Unterschrift:

<https://friedensratschlag.de/2022/08/friedensoekologischer-appell/>



Bundesausschuss Friedensratschlag: Ständig aktuelle Infos auf der Homepage

Übersichten / Weblinks zu Friedensaktivitäten:

- Kampagnen und Netzwerke
- Bundesweite Organisationen und Initiativen
- Friedensinitiativen vor Ort

Aktuelle Beiträge aus Online-Medien:

- Berichte und Analysen

Wöchentliche Übersichten mit zumeist 15 bis 20 Artikelbeiträgen aus Online-Medien, wie z.B. Telepolis, Nachdenkseiten, Junge Welt, IMI Online, Hintergrund

- Medienkritik

Monatliche Zusammenstellung mit kritischen Beiträgen zur medialen Darstellung friedenspolitischer Fragen und Beispiele für Kriegspropaganda

- Standpunkte in der Friedensbewegung

Monatliche Zusammenstellung von Redebeiträgen, Positionierungen und Aufrufertexten

Bundesweiter Friedensratschlag 2022 in Kassel

Nach zwei Jahren Zwangspause durch Corona-Restriktionen wird es wieder einen physischen bundesweiten Friedensratschlag in Kassel geben. Änderungen gegenüber dem vorhergehenden Veranstaltungen sind, dass in diesem Jahr der Veranstaltungsort nicht die Universität, sondern das Philipp-Scheidemann-Haus ist.

Der Termin schiebt sich gegenüber den früheren Jahren vom ersten auf das zweite Dezember-Wochenende, d.h. auf den 10. und 11. Dezember.

Das Programm wird verstärkt auf andere Formate setzen: Mehr Diskussionsrunden und Fokussierung auf Themen, wo tatsächlich Diskussionsbedarf besteht.

Zum Titelfoto: „Return to Sender“

Quellentext zur Erläuterung auf Seite 2:

<https://www.thisisthenest.com/news/2022/6/14/the-nest-at-documenta-15-return-to-sender>

„Antisemitismus“ auf der documenta fifteen

von Werner Ruf (Seite 3 bis 5)

zuerst erschienen unter:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=85790>

Offener Brief an den Aufsichtsrat der documenta und Petition

(Seite 6)

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=86355>

Petition

https://www.change.org/p/documenta-retten?recruiter=749905285&recruited_by_id=39261e50-7119-11e7-b160-571061184810

Zitat aus einem Kommentar von Alan Posener in der Tageszeitung "Welt" vom 21.7.2022:

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article240048495/Globaler-Sueden-Die-seltsame-Sippen-Romantik-der-Documenta.html>

Nachüberlegung zum Documenta-Eklat

von Moshe Zuckermann (Seite 7)

zuerst erschienen unter:

<https://overton-magazin.de/krass-konkret/nachueberlegung-zum-documenta-eklat/>

EU-Energiepolitik: Nach uns die Sintflut

von German Foreign Policy (Seite 8 und 9)

Inhalt im FriedensJournal: Teil I nur als Auszug

Nach uns die Sintflut (I)

Staaten in Südasien und weitere Entwicklungs- und Schwellenländer geraten in eine ernste Energiekrise, weil Europa ihnen im Machtkampf gegen Russland das Flüssiggas wegkauft.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8973>

Nach uns die Sintflut (II)

Europa, das Ende 2021 Erdgasprojekte in Afrika zur Klimarettung stoppen wollte, fördert sie nun, um von russischem Gas unabhängig werden und den Kampf gegen Moskau verschärfen zu können.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8986>

Fußnoten

[1] Andrea Böhm: Klimaschutz oder grüner Kolonialismus? zeit.de 06.01.2022.

[2] S. dazu Der Aufstand in Cabo Delgado.

[3] Scholz plant Gas-Kooperation mit Senegal. dw.com 22.05.2022.

[4] Noah Browning: Africa must act quickly on its gas reserves, IEA report. weforum.org 23.06.2022.

[5], [6] Neil Munshi, Paul Burkhardt, William Clowes: Europe's Rush to Buy Africa's Natural Gas Draws Cries of Hypocrisy. bnnbloomberg.ca 10.07.2022.

[7] Irina Slav: Europe Does A Complete U-Turn On African Oil And Gas. oilprice.com 20.07.2022.

Klimakrise: Der reiche Norden soll zahlen

von Wolfgang Pomrehn (Seite 9)

kompletter Beitrag erschienen bei:

<https://www.heise.de/tp/features/Klimakrise-Der-reiche-Norden-soll-zahlen-7189025.html>

Naher und Mittlerer Osten: So verschieben sich die Perspektiven

von Karin Leukefeld (Seite 10 und 11)

Inhalt im FriedensJournal leicht gekürzt

zuerst erschienen unter:

<https://globalbridge.ch/so-verschieben-sich-die-perspektiven/>

Westliche Zwangsmaßnahmen – Eine Zwischenbilanz

von Joachim Guilliard (Seite 12 und 13)

Der Inhalt ist ein Auszug aus einem umfangreichen Text.

Komplettes Vortragsmanuskript:

<https://jg-nachgetragen.blog/2022/08/11/deutschland-und-eu-im-wirtschaftskrieg/>

Fußnoten:

[1] K. Cashman and C. Kharrazian (CEPR), US sanctions are designed to kill, Jacobin, 1.9.2019

[2] Report of the Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights, Alena Douhan - Visit to Venezuela, UN HRC, 16.9.2021 (A/HRC/48/59/Add.2)

[3] U.S. Sanctions Are Killing Cancer Patients in Iran, Foreign Policy, 14.8.2019

[4] Jörg Goldberg, Globalisierung als Wirtschaftskrieg - Die Sanktionen gegen Russland befördern die Fragmentierung der Weltökonomie, junge Welt, 05.07.2022

Sahel-Zone: Westliche Militärpräsenz statt Frieden und Sicherheit

von Dr. Martina Fischer (Seite 14 und 15)

Der Beitrag ist ein Auszug aus: „Frieden und Sicherheit im Sahel“

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2022-frieden-und-sicherheit-im-sahel/>

Das Foto auf Seite 15 zeigt eine Aktion von MitarbeiterInnen von Brot für den Welt vor dem Reichstag.

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/presse/pressefotos/>

Von der Kolonialherrschaft in den kapitalistischen Weltmarkt

von Renate Dillmann (Seite 16)

Auszug aus dem zweiteiligen Beitrag in der Jungen Welt:

Regelbasiert hungern

<https://www.jungewelt.de/artikel/430602.ukrainekrieg-regelbasiert-hungern.html>

Welthunger als Waffe

<https://www.jungewelt.de/artikel/430674.ukrainekrieg-welthunger-als-waffe.html>

Buchbesprechung: China und der Westen

von Karl-Heinz Peil (Seite 17)

siehe dazu auch:

[https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2022/Elsner China und der Westen IHV.pdf](https://shop.papyrossa.de/WebRoot/Store23/Shops/26606d05-ee0e-4961-b7af-7c5ca222edb7/MediaGallery/Zusatzmaterial/2022/Elsner%20China%20und%20der%20Westen%20IHV.pdf)

Nachruf auf Horst Trapp

von Karl-Heinz Peil (Seite 18)

siehe dazu auch weitere Nachrufe:

„So machen wir das.“ – Nachruf auf Horst Trapp

von Karl-Heinz Peil und Willi van Ooyen

https://friedensratschlag.de/2022/07/horsttrapp_kp_wvo/

Rede bei der Trauerfeier für Horst Trapp

von Willi van Ooyen

<https://friedensratschlag.de/2022/08/rede-fuer-horst-trapp/>